

See (1), aus Schweden über die neu erbaute Quarantäne in Sögn und einige andere vorhandene Quarantänen. In den Monaten Mai bis Juli d. J. sind dort 6083 Kinder eingeschleppt worden. Sie haben allerdings ihren Weg nach Berlin nicht oder nur in verhältnismäßig geringer Zahl gefunden. Es ist auffallend, daß sich der Berliner Schlachtviehhandel diese Bezugsquelle noch nicht zunutze gemacht hat.

Daneben ist bekanntlich die Fleischschleife aus allen Ländern ganz oder teilsweise (1) gestoppt. Diese Einfuhr ist bis Juli 1912 einschließlich gegenüber den gleichen Zeiträumen des Vorjahres um rund 107 000 Doppelzentner gesunken, wovon auf Berlin 17 000 Doppelzentner entfallen sind. Wenn trotzdem die ausländischen Zufuhren an Fleisch den deutschen Markt nicht merkbar zu beeinflussen vermocht haben, so beruht dies darauf, daß die Schlachtvieh- und Fleischsteuerung eine internationale Erscheinung ist. Deshalb kann auch von der weiteren Zulassung ausländischen Schlachtviehs, abgesehen von ihrer veterinärpolizeilichen Bedenkllichkeit, keine wesentliche Preisermäßigung erwartet werden.

Was da dochfalls ausgeführt wird, läuft auf eine breite Preisfällung der öffentlichen Meinung hinaus. Tatsächlich ist doch der Zustand der, daß durch Zoll, Sperrn gegen angebliche Seuchengefahr und die schrankenlosen Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes Deutschland vom Auslande so gut wie abgeschlossen ist. Was die Verordn. Nr. 24. anführt, sind nur Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Natürlich kann eine Sperre nicht so vollständig sein, daß überhaupt nichts vom Auslande hereinkommt. Die geringen Quantitäten aber, die durch Zoll- und Sperrschranken verwehrt, den Weg ins Land finden, als Fremde doch anzuführen, daß eine Sperre nicht besteht, ist der Wandel offizieller Verordnungen.

Der nicht selbst der Reichstag in der von ihm angenommenen sozialdemokratischen Resolution bezüglich Veränderung des Fleischbeschaugesetzes anerkennt, daß eine Sperre vorliegt, hat er nicht selber die Erleichterung dieser Sperrvorschriften verlangt? Warum äußert sich denn der Regierungsschreiber nicht darüber?

Eine Veränderung der Wahrheit ist es auch, wenn gesagt wird, daß es sich bei der Fleischsteuerung um eine internationale Erscheinung handelt. Daran ist, wie schon hundertmal ausgeführt wurde, nur so viel richtig, daß die Fleischpreise überall hoch sind. Sie sind aber nicht überall, wie in Deutschland in der letzten Zeit, gestiegen, und was die Hauptfrage ist — die Materiallage der Fleischpreise — sie sind nirgends so hoch wie in Deutschland. Die im Doppelzentner Schmelzgewicht zählte man z. B. im ersten Quartal 1912 in Kopenhagen 93,2 M., in Wien 106,3 M., in Berlin 124,8 M.

Die offizielle Verlautbarung steht also in allen wesentlichen Punkten mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß. Man will eben die Wahrheit nicht sehen und man darf sie nicht sagen, wenn man an der „besonderen Wirtschaftspolitik“, die dem Agrarismus auf Seiten der vorliegenden Bevölkerung Milliardengewinne sichert, festhalten will. Und das will man! Die Regierung verweigert jede Hilfe. Selbst ist alles unklar, unzuverlässig. Dies allein ist vollkommen klar, daß das Volk von der Regierung Reichmann-Holweg nichts anderes zu erwarten hat, als leere Versprechungen und leuchtende Not.

Deutsches Reich.

Arbeitsmangel bei der kaiserlichen Marine.

Die Kieler Zeitung berichtet, daß demnächst auf der Kaiserlichen Werft circa 1000 Arbeiter entlassen werden müßten wegen Arbeitsmangels. Und die fortschrittlichen Blätter verbinden diese Mitteilung mit Vorwürfen gegen die Marineverwaltung, daß sie sich vom Reichstag nicht genug Mittel habe bewilligen lassen, um die Arbeiter ständig beschäftigen zu können. Die Werft sei in ihrer Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt. Wahrscheinlich hängt das mit der von der Reichsmannschaft propagierten Spartakus zusammen, die eingeschlagen worden sei, um auf Wunsch des Zentrums der Gehaltssteuer aus dem Wege zu gehen.

Sie uns aus viel mitgeteilt wird, stehen hinter der einfachen Tatsache, daß vorübergehender Arbeitsmangel auf der Werft herrscht, gar keine hochpolitischen Gründe. Solcher Arbeitsmangel kommt regelmäßig hin und wieder vor, wenn größere Arbeiten vollendet und neue noch nicht in Angriff genommen sind. Ein Grund also, die Regierung zu neuen marinspezifischen Ausgaben aufzuwecken, liegt nicht vor. Das Werk Tagelöhler hat einen Mitarbeiter in das Reichsmarineamt geschickt, dem man dort folgende erklärte:

„Wenn auf der kaiserlichen Werft in Kiel tatsächlich die Entlassung von Arbeitern bevorsteht, so ist hierzu nichts Außergewöhnliches zu sehen. Es würde sich einfach um einen Vorgang handeln, wie er auf allen Werken oftmals eintritt. Entlassungen von Arbeitern können nämlich gerade im gegenwärtigen Zeitraum auf der Kieler Werft möglich werden, sobald das Wintergeschäft „Kaiser“ das jetzt seine Probejahre aufnimmt, abgelehrt wird. Mit diesem Augenblick ist für zahlreiche Arbeiter keine Beschäftigung mehr vorhanden, da die Werft Kiel für das gegenwärtige Baujahr kein neues Wintergeschäft in Auftrag bekommen hat. Nach

dem Flottenbauplan konnten in diesem Jahr der Kieler Werft nur zwei Wintergeschäfte in Auftrag gegeben werden und der „Kaiser“ ist das zweite dieser Wintergeschiffe. Allerdings wurde vor kurzem an der Kieler Werft der Bau des kleinen Kreuzers „Erag Prinzess Wilhelm“ vergeben, aber das Arbeitsmaterial eines kleinen Kreuzers beträgt doch immer nur etwa ein Fünftel des Arbeitsmaterials eines Wintergeschiffes. Daraus geht hervor, daß von den bei dem Bau des Wintergeschiffes „Kaiser“ beschäftigten Arbeitern nur ungefähr ein Fünftel wieder beim Bau des kleinen Kreuzers „Erag Prinzess Wilhelm“ verwendet werden kann. Außerdem kommt hinzu, daß bei der Beendigung eines Schiffsbauwerks der Maximalstand der Arbeiterbeschäftigung erreicht wird, während bei Beginn eines Schiffsbauwerks der Minimalstand vorhanden ist. Jedesmal bei Beendigung eines Schiffsbauwerks werden also naturgemäß Entlassungen von Arbeitern notwendig werden, wenn nicht gerade anderweitige Arbeit für sie gefunden wird.

Ebenfalls auf einem Irrtum beruht die Annahme, daß die Arbeiterentlassungen erfolgen, weil der Kieler Werft nicht genügend Mittel zur Verfügung gestellt worden seien, um den Betrieb in dem durch das Wintergeschäft vorgezeichneten Umfang aufrechtzuerhalten. Der Werft sind selbstverständlich von Anfang an die notwendigen Mittel zur Ausführung der im Flottenbauplan für dieses Jahr vorgesehenen Neubauten zur Verfügung gestellt worden. Ein Bericht der Kieler Werft, daß ihr die zur Aufrechterhaltung des Betriebes nötigen Mittel fehlten, konnte deshalb auch nicht beim Reichsmarineamt eingehen.

Man braucht die Frage der Arbeiterentlassungen nicht so leichtfertig zu nehmen, wie es nach dieser Auslassung anscheinend das Reichsmarineamt tut. Uns scheint, daß es sehr leicht sein muß, die Arbeit auf der Werft so einzuteilen, daß die beschäftigten Arbeiter das ganze Jahr hindurch gleichmäßig beschäftigt werden, daß nicht zu einer Zeit Hals über Kopf mit äußerstem Hochdruck gearbeitet werden muß, um dann, wenn die Arbeit erledigt ist, ohne große Gewissenskrampfen eine Menge Leute auf die Straße zu setzen. Angesichts der schweren Bedrückung der Arbeiter im allgemeinen ist es das mindeste, was man verlangen kann, daß in Staatsbetrieben die Arbeitsverhältnisse möglichst kontinuierlich gehalten werden. Die Konsequenz, die freilich die Fortschrittsblätter aus den drohenden Arbeiterentlassungen ziehen, daß nimmere eine Anzahl neuer Millionen für den Marinismus bereitgestellt werden, die müßten wir sehr entschieden zurückweisen.

Eine ungehaltene Katholikentagsrede.

Der Vorwärts hat vorausgesetzt, daß alles Klappen wird, und es hat auch alles geklappt.“ So verhielt sich der Oberregisseur des Katholikentages, Justizrat Dr. Schmitt, in seiner Schlussrede, und es bedurfte in diesem Fall nicht einmal eines Drucks auf den Begeisterungsknopf, um den üblichen jubelnden tosenden minutenlangen Beifall zu erzielen. Jedes hat sich der Vorwärts in seinem Vertrauen zu den Nachener Regierungen doch ein wenig getäuscht. Es hat nicht „alles geklappt“, das wird jetzt in der Oppersdorffschen Zeitschrift Wahrheit und Klarheit in amüsantester Weise festgestellt.

Der Bericht der Köln. Volkszeitung und anderer Zentrumsblätter verzeichnet in einer Rede des Rektors Götgen eine längere Stelle, die sich gegen die Sachauskunft und für eine Vermehrung des kirchlichen Einflusses in der Schule auspricht. Aus dem Bericht der Köln. Volkszeitung können die Leser entnehmen, daß der Redner gerade an dieser Stelle mit „lebhaftem Beifall“ ausgezeichnet worden sein soll. Einwandfreie Zeugen versichern nun, daß Herr Götgen das, was er nach dem Bericht unter lebhaftem Beifall geäußert haben soll, nie gesagt hat. Der „Bericht“ über die Rede, d. h. der ganze auswendig gelernte, nur noch abzuwehrende Redezeit war den Zentrumsberichterstattern bereits ausgehängt worden, noch ehe Herr Götgen seine Keltion heruntergelagt hatte. Nun hatte Herr Götgen diese Keltion entweder nicht ordentlich gelernt, oder er ließ die betreffende Stelle aus irgend einem Grunde ausfallen — kurz, er sagte eben nichts davon, was jedoch die Zentrumspresse nicht hinderte, darüber zu berichten und sogar den unvermeidlichen „lebhaften Beifall“ dazuzubilden.

Man sieht daraus, daß nicht nur die „spontane Begeisterung“ der Redner, sondern auch die Jubelausbrüche der Versammlung von der Regie im Voraus festgelegt und zu Papier gebracht werden. Nur muß es aber dann auch klappen — und diesmal hat es leider nicht geklappt.

Der Kampf gegen die Arbeiterjugend.

In Sorau ist vor einiger Zeit den Fortbildungsschülern aufgegeben worden, entweder in der Fortbildungsschule des Sonntags nachmittags von 3 bis 4 Uhr dem Turnunterricht beizuwohnen, oder aber den anderen patriotischen Vereinen, der Jugendwehr ufm.

anzugehören. Als einige Fortbildungsschüler nicht den Sonntagsunterricht ließen, wurden sie aufgefordert, des Sonntags nachmittags unter der Aufsicht eines Lehrers lernen zu kommen. Dagegen haben die Eltern der in Frage kommenden Kinder Protest eingelegt, sie haben ihre Kinder von dem Turnunterricht ferngehalten, weil sie der Meinung sind, nicht verpflichtet zu sein, ihre Kinder Sonntag nachmittags zum Turnunterricht zu schicken. Die Folge davon war, daß eine Anzahl jener Schüler Strafmandate in Höhe von 5 M. erhielten mit dem Hinweis, daß diese 5 M. an die Stadtkasse zu zahlen seien. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß das Ortsstatut von 1903 eine derartige Strafe für gerechtfertigt erklärt. Gegen diese Strafmandate ist selbstverständlich richterliche Entscheidung beantragt worden.

Der Minister in Räten.

Der schwarzburgische Staatsminister Freiherr v. d. Rede hielt anlässlich der Geburtsfeier des Fürsten eine Rede, in der diese Sätze vorkamen:

„Der heutige Geburtstag unseres Fürsten steht unter dem Zeichen der politischen ersten Zeit, die für unser Land herbeigebrochen ist. In kaum 14 Tagen wird der Reichswahl wieder mit sozialdemokratischer Mehrheit herbeigebrochene Landtag zusammenzutreten und seine Beschlüsse über das Wohl und Wehe des Landes fassen. Erste Sorge lautet auf dem Fürsten und auf allen treuen Untertanen, und diese Sorge wirkt ihre Schatten auch in unsere heutige Zeit. Aber wir wollen als erste, unserer Vaterländischen Pflichten bewußte Männer treu zu unserem Fürsten stehen und ihn mit allen Kräften im Kampf gegen den Unmut unterstützen. ... Wäge Gott unserm Fürsten in der ersten Zeit Gesundheit, Kraft und weiten Rat verleihen, auf daß es ihm gelingen möge, das schwarzburgische Volk vor der einseitigen Klassenherrschaft der Sozialdemokratie zu bewahren.“

Was sein, daß auf dem Fürsten erste Sorge lautet, die bürgerliche Presse hatte allerdings erst vor einigen Wochen beklagt, daß die Landesfürsten ihren Fürsten fast gar nicht zu Gesicht bekommen. Jedemfalls aber hat die Reichswahl zum Landtag bewiesen, daß die Mehrheit des schwarzburgischen Volkes mit der angeblich einseitigen Klassenherrschaft der Sozialdemokratie durchaus einverstanden ist.

Seine politische Nachrichten. Dem Reichstage ist der Vertrag über den Bau des ersten Teiles der Mittelbahn in Kamerun ausgegangen; es handelt sich um die Strecke Duala-Bibila. Die Strecke wird 150 Kilometer lang, soll zwei Bahnhöfe, acht Haltepunkte und acht Güterpunkte bekommen und bis 1. Oktober 1913 fertiggestellt sein. Die Kosten dieser Teilstrecke betragen sich auf 23 780 000 Mark. — Aus Wien wird gemeldet: Die sozialistisch-anarchistisch redigierte Volk zu Volkszeitung hat angefangen die Haltung des Bundesrats in der Angelegenheit des Senfer Anarchisten Vertoni, der kürzlich wegen Verherrlichung anarchistischer Verbrechen (der Ermordung des italienischen Königs Humbert) verhaftet und den Züricher Gerichten zur Beurteilung übergeben wurde, das Präsidiums-Komitee der Arbeiterverbände die Qualifikation erhebt, gegenständig des Bundesrats Wilhelm II. eine energische Aktion ins Auge zu fassen. — Die Wachmannschaften des türkischen Konsulates in Kanakia sind handlangend auf der Straße den einheimischen Traganen des russischen Konsulates, trotzdem er das Zeichen dieses Konsulates trug. Der russische Konsul hat bei dem türkischen Konsul Protest eingelegt und die Beibehaltung der Schutzpolizei verlangt. — Aus Aia wird gemeldet: Im Zusammenhang mit Statuten aufrechterhalten Inhalts, die man kürzlich in der Stadt angehängt fand, wurden heute drei Verhaftungen vorgenommen. Einer der Verhafteten ist ein junger ägyptischer Nationalist, der aus Konstantinopel kam und in seinem Reisefeld in arabischer Schrift abgefaßte Aufträge aufrechterhalten Charakter bei sich führte.

Ausland.

Italien.

Ein italienischer Offizier darf Sozialist sein. In Rom, 27. August. In Italien haben die Intendanten des Heeres und der Marine Offiziersrang und tragen Offiziersuniform. Einer dieser Intendanten, ein Leutnant Agnelli aus Padua, der organisierter Parteigenosse war, hat sich bei Beginn des heutigen Krieges geweigert, sich an der Sammlung für die Opfer des Krieges zu beteiligen. Die Sache wäre unbemerkt vorbeigegangen, wenn nicht ein konterbatives Lokalblattchen das Bedürfnis empfunden hätte, die Militärbehörden auf den Frevel aufmerksam zu machen. Es wurde somit gegen Agnelli ein Disziplinarprozess eingeleitet. Vor dem militärischen Disziplinargericht erklärte der Offizier, er sei Sozialist und hätte als solcher seine

Spanische Briefe.

(Von unserem Spezialkorrespondenten.)
VII. Madrid und Barcelona.

Madrid ist wieder auf Barcelona. Und Barcelona nach Madrid hat den König — Barcelona hat das Reich. „Euer Reich haben wir auch noch“, murmelt lachend Madrid. „Auf den König setzen wir“, ruft lachend Barcelona. „Aber ich bin die Hauptstadt Spaniens“, betont stolz unerschütterlich Madrid. „Ich bin der Kopf der ganzen Industrie und seines ganzen Handels“, erwidert selbstbewusst Barcelona. „Und ich mache die Politik — ich bin das Gehirn Spaniens — ich liege im Herzen Spaniens — ich bin das weiche, das einzige Spanien — du bist nur eine Provinzstadt, ein Auenland.“ Von dem neutralistischen Hochplateau tragen es die beiden Steppenwinde hinunter über den Ebro zur Meeresküste von Barcelona, dessen Pfefferstraße, Großindustrie und Keder während die Straße hallen.

Barcelona haßt Madrid. Paris kommt nicht nur der alte Gegenstand zwischen dem leuchtend erregbaren, französischen Einflüssen von lecher jugendlichen Katalanen und dem trockenen, hochmütigen Katalanen, der nichts kennt und nichts kennen will, als Spanien, zum Ausdruck. Barcelona ist überzeugt davon, daß Madrid seiner Umwidmung im Wege steht. Ein Bürger aus Barcelona sagte mir, als ich dort war: „Für Madrid wird das Geld, unser Geld, nur so hinausgeschleudert. Und verweigern sie oft das Notwendigste, um den Glanz von Madrid zu erhöhen, verschleiert man uns schließlich, hemmt unsere Industrie, schmälert unsere Verwaltung — und das brauchen wir Madrid nicht, aber Madrid braucht Barcelona.“ Er hatte nicht ganz unrecht damit. In Barcelona wird eifriger gearbeitet als in Madrid; dagegen fahren in Madrid mehr Leute im zweispännigen Aufzuge spazieren. Ein Drittel der gesamten spanischen Ein- und Ausfuhr geht über den Hafen von Barcelona. Neben seinem Arbeiterhaushalt hat es große Regimenter arbeitender Arbeiter. In Madrid herrscht Glanz und Pracht; neben den hungernden Proletariats steht ein nichtstehendes und nichtstehendes Bürgertum, dessen Kredit hinter den Speicherschen der Auenland perregelt. Aber Madrid ist als moderne Stadt schöner als Barcelona. Es hat keine einzige Kirche, die jenseitig ist. Es hat keine Bänke, in denen langweilige Traditionen erhalten bleiben. Es hat keine Straßen, auf denen Antik der Auenland veranagert Jahrhunderte eingegraben sind. Barcelona hat das alles und auch ganz neue „hochmoderne Teile“. Aber Madrid ist durch und durch europäische Hauptstadt. Und wenn die Leute in Barcelona der Ansicht

sind, daß man sich in den Straßen von Madrid langweilen muß, nachdem man einmal Barcelona und die Rambles gesehen hat“, so irren sie sich gewaltig. Für eine Stadt von 700 000 Einwohnern ist die Bewegung im Inneren Barcelonas überraschend hart. Und seine großen Boulevards, die Rambles, sind zu gewissen Zeiten (wenn auf der Rambla de Flores die herrlichen Blumen zu beiden Seiten des inneren breiten Fußweges an den Baumkronen zu den Strahlen der Sonne hinunterfallen in die schattigen Straßen und Straßen, die billig verkauft werden — wenn weiter oben der Vogelmarkt stattfindet — abends, wenn die männliche und weibliche Jugend Barcelonas in dichtgedrängten Reihen von der Plaza de Cataluna zum Meer hinunterzieht) farbiger, pittoresker, als das meiste, was man in Madrid sehen kann.

Aber neben dem Menschengemischel an der Puerta del Sol in Madrid, dem Hauptplatz, auf dem sechs Straßen münden (und der durch die nackte Schmutzlosigkeit des aus Backsteinen erbauten Hauptplatzes des Inneren fast langweilig wirkt) — neben dem „hochherrschlichen Aufsehen“, der von der Puerta del Sol über die Calle de Alcalá, in der die größten Geschäfte liegen, nach dem Prado geht, ist der „Betrieb“ in Barcelona „provinzial“.

Madrid ist eine der schönsten europäischen Städte geworden, ohne daß es irgendetwas dazu beizutragen schien, ehe es durch die Laune Philipps des Dritten, der seine Residenz an geometrischen Mittelpunkt der iberischen Halbinsel haben wollte, zur Hauptstadt erhoben wurde, trotzdem es mit seinen einseitigen Häusern einen Regenerd ähnlich sah, trotzdem der Katalanen damals ebensowenig Wasser hatte wie heute — und trotzdem ganz nah auf seinem Grabbau, um räumlichen Tajo die größte Stadt Spaniens mit 200 000 Einwohnern lag. Toledo ist der heute nur noch etwa 20 000 Einwohner und Trümmern beiseite Wirtage verfallen. Das war vor 84 Jahrhunderten. Leicht war es nicht, die Stellung Madrids zu erhalten; von Granada, von Sevilla, von Valencia, von Burgos, von Valladolid wurde es bekämpft und verpölet. Langsam drang seine Anerkennung durch. Heute beherrscht sie ihm nur noch Barcelona. Um's Einjahres hat Madrid jedoch behalten; wenn man mit der Augenbahn zum Meer fährt, dann sieht man, daß es wie verloren auf den Hügel des 700 Meter hohen, weiten, stillen Hochlandes liegt. In der Stadtgrenze hört das Leben auf.

Barcelona spielt fast mit zwei Jahrhunderten eine Rolle. Mit Neapel und Konstantinopel gehört es sicher zu den am höchsten entwickelten Städten Europas. Am riesigen Gortien einer weiten Ebene, die zwischen dem Gebirge und dem tiefen Meer der Ägäis entlang läuft, liegt es, umgürtet von Kirschenbäumen, Baumwoll-

fabriken, Seidenwebereien, Schokoladenfabriken, Wobereien, Eisenfabriken, chemischen Fabriken, deren leuchtender Atem sich in den Villenreichen Los Coris, San Geronimo, Gracia, am Abhang der Berge und in den schloßartigen Häusern am Strande des Meeres verliert. Als ich in Barcelona war, regnete es am ersten Tage meines Aufenthaltes. Ich fand trotzdem den Tag, hinauszuweichen. In den engen Gassen flaut es nach sonnenigem Wetter. Schmutzig und farblos sah die Rambles aus. 24 Stunden später strahlte die Sonne und Barcelona wurde herrlich, die Rambles leuchteten wie Gartenstraßen — über 100 000 Paläste hingen die grünen, die grünen, die roten, die gelben Palastwände herab — selbst die verrotteten Balkenwände, die quer über jeden zweiten Balkon gespannt sind („zum Schutz gegen den Wind“, sagen die Gläubigen, denen jährlich ganze Balkenwände gepöppelt werden), leuchten in ihrem stumpfen Hellraum wieder auf. Schwarz wie eines Meisters Scheide hielt die Silhouette des Gefängnisses auf dem Konjuch gegen den blauen Himmel und im Hofen sangen die Sirenen wie Sturmögel der Arbeit!

Madrid und Barcelona verstehen sich oft nicht: sie haben verschiedene Sprachen. Der Madrider behauptet, „kastilisch“ wäre das einzig richtige Spanisch. Der Katalane macht aber gar keinen Anspruch darauf, Spanier zu sein und schreibt dem „kastilischen“ den Charakter einer selbständigen Sprache zu. Der spanischen Literatur, die „kastilisch“ geschrieben ist, stellt er die „katalanische“ Dichtung gegenüber. Das kastilische Spanisch ist hart und rau. Das katalanische ist weicher, biegsamer, musikalischer. Die Mundart, in der Frédéric Mistral das Denkmal der französischen Provence schrieb, „Provençal“, klingt ähnlich.

Madrid und Barcelona ringen miteinander: das September gegen das Rad der Maschine — die Uniform gegen den Raffenschlüssel — die trockene Hochebene gegen das Meer — die Nacht gegen den Willen zur Nacht. Es erscheint unermesslich, daß Barcelona auf die Pauer Madrid überflügeln wird. Madrid kann immer Hauptstadt bleiben, selbst nach einer siegreichen Revolution. Aber Barcelona wird stets reicher sein.

„Ohne uns wäre die Einheit Spaniens zu Ende“, versichert mir ein Republikaner in Madrid. „Wir sind das Gewissen von Madrid“, hatte mir vorher ein Republikaner in Barcelona gesagt. Das erzählte ich einem alten Genossen, der darauf lachend meinte: „Einstweilen hat sich jedenfalls die Madrider Regierung, gewissenslos zu ihrer Verabredung „das Gewissen“, wenigstens soweit es in der Person des Führers der Barcelonaer Republikaner, Verroax verortet ist, gegen das Geld gekauft.“ Madrid weicht nach Siegen zu erliegen!

**Sozialdemokratischer Verein für den 4. Kreis.
Bez. Kötzschenbroda**

Mittwoch den 28. August, abends 8^{1/2} Uhr
Wichtige Mitglieder-Versammlung
im Goldenen Anker, Kötzschenbroda.

Die Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter.
Referent: Landtagsabgeordneter Gustav Riem, Dresden.
Partei-Angelegenheiten.
Die Genossen von Niederlößnitz und Kötzschenbroda sind im Besonderen geladen. Dem Besuch aller Genossen und Genossinnen steht entgegen.
Donnerstag den 29. August gr. Versammlung im Rulmbacher Hof.

Steinarbeiter.

Mittwoch den 28. August, abends Punkt 7 Uhr
Versammlung der Grabsteinbranche
im Volkshaus, Zimmer 15.

Donnerstag den 29. August, abends 8^{1/2} Uhr
Platzvertreter-Sitzung der Sandsteinmetzen
im Volkshaus, Zimmer 1.

Buchbinderverband!

Sommerfest verschoben
auf Sonntag den 1. September 1912. — Die ausgegebenen Karten haben Gültigkeit.

Achtung! Dresden - Altstadt!

Allen vereinten Vereinen, Gewerkschaften, Gesellschaften und Privatpersonen hierdurch zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich am 1. Oktober 1912 das

**Konzert- u. Ball-Etablissement
Krystall-Palast**

45 Schäferstrasse 45
pochweise übernehme. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, alle mich beehrenden Gäste durch gute Speisen und Getränke sowie durch aufmerksame Bedienung nach jeder Richtung hin zufrieden zu stellen.

Gleichzeitig empfehle ich den großen und kleinen Saal zur Abhaltung von Versammlungen, Vergnügen, Vorträgen und Hochzeiten. Bestellungen für nach dem 1. Oktober geplante Veranstaltungen nehme ich schon jetzt gern unter meiner jetzigen Adresse entgegen. Ich bitte, mich in meinem neuen Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
**Artur Bär, i. St. Restaurant Heiligschloß, Dr.-Radig
Fernruf 2391.**

Flora-Varieté
Größtes Sommertheater Dresdens
Vollständig wettergeschützt.
Straßenbahnen 1, 2, 3 und 12. — Tel. 6932.
Nur noch bis 31. August:

„Die lebenden Puppen“
Ab 1. September:
Das grosse brillante Schluss-Programm.

Bellevue

Waltherstr. 27, am Friedrichstädter Bahnhof.
Mittleren Vereinen und Klubs usw. empfehlen unseren vollständig neu hergerichteten Saal zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Recht zahlreicher Benutzung stehen entgegen
Oswin Nitzsche u. Frau.

Musenhalle

Einziges Varieté u. Volks-Theater des Westens.
Sonntag den 1. September
Grosse Saison - Eröffnungs - Vorstellung.
Reichhaltigstes Familien-Programm mit Kino-Einlagen.
Das verhängnisvolle Hochzeitsgeschenk. Schwanz.
Der Rodelprinz. Aufspiel.
Damenquartett Wien — Berlin ? und der vorzügliche Solotell. — Vorverkauf ab heute.

Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands für Dresden und Umgegend.

Donnerstag den 29. August, abends 7 Uhr
im Volkswahl-Saal (früher Trianon), am Schützenplatz und Traubengasse

Gr. Mitgliederversammlung

Der Verleumdungsfeldzug des Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe zu Dresden gegen die Bauarbeiterschaft und die Antwort der Zimmerer.

Die Versammlung soll Punkt 7 Uhr beginnen und 8^{1/2} Uhr beendet sein. Wir empfehlen deshalb, sofort nach Feierabend von allen Bauten gemeinsam nach dem Versammlungsorte zu gehen.
Der Vorstand.

Konsumverein Vorwärts

empfehlen
Kompenszuder
(Zucker)
Pfund 28 Pfennig

Kauf. Arbeiter für Rohprodukte-gehalt gesucht Oberseegrasse 8.

Konsumverein Vorwärts
Manufaktur- und Konfektions-Geschäfte



Zwingerstrasse 12-14
Königsbrücker Str. 38
Kesselsdorfer Str. 22
Grillparzer Strasse 12
Markgraf-Heinrich-Str. 31
Deuben:
Dresdner Strasse 33
Potschappel:
Dresdner Strasse 43

...
Grösste Auswahl
in
allen Abteilungen
bei
billigsten Preisen
...

Täglich Eingang von
Neuheiten in Herbst- und Winter-Waren
Knaben- und Herren-Konfektion
Mädchen- und Damen-Konfektion

Kostümröcke
Blusen
Kleider- und Kostüme
Wollene Rockstoffe
Velour-Barchent
Barchent-Wäsche
Normal-Wäsche
Strümpfe und Socken
Sweaters
Strickwesten

W. T.
Eröffnung: 31. August

Obst im ganzen und einzelnen
freiwill. Vb. Gaselbad
Laubegast, Elbstraße 4, im Hof.
Ziegeldecker
werden sofort gesucht von
Dittlich u. Wunderlich, Kistler Str. 2.
H. u. D. Rad 611, Palmstr. 19, II. r.

Onkel Toms Hütte

Großes Ostragehege, am neuen Schlachthof
Jeden Mittwoch aufgeführt von den
von 4 Uhr an: **Freikonzert** Igl. Bergmusikkapelle
verbunden mit **Schlacht-Fest**
Selbstgeb. Eierplößen. Frische Backwaren. Gr. Kinder-Spielplatz.

Herren-Wäsche Frischen Scheißfisch
empfehlen A. Ahlendorfs Nachf.
Teuben, Langstrasse 8.
Krawatten, Blaue Anzüge
kauft man am billigsten bei
E. Köhler, Am See 13.
Klappspartwagen bedeutend billiger
Freibauerer Str. 65, part. I.
Gebr. Wagen nehme in Zahlung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Meißner, Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Reinhold Fischer, Dresden.
Druck und Verlag: Raden & Komp., Dresden.

Mr. 19
Agit
Das f
nächster Zeit
Partei-Vorstand
an die Kre
werden könn
geitung, A
sind mit Kn
bis spät
Dres
SA
In wel
Stellen der
stimmung der
zu erhalten
vereine im
Das G
Wie I
tagewahl
1912 die
Bezirks
sich
ihnen im
F a h n e n
nungen un
dieser Ann
zu Ende d
eines Bund
die am Sig
Kandidaten
sind.
Dabe
mittlungen
nicht angef
Mitglieder
Vereins m
befinden, d
noch nicht
durch Alter
Wahlrecht
seltens de
W e f u n g
lungen aus
von Bund
g e h e n d
und ich pfl
aufkommen
f o a l a d
m e h r m
die Pfl
nicht nur u
und das W
Gesamter
Soht
gledes gan
ich Sie, fo
schleunige
denjenigen
d a h t i g
S o z i a l
auf die W
das bestieg
und richtig
Bundesmit
Mitglieder
in illig
Die
bewußtes
Ich
Ihren Be
Im B
eine Anzahl
gedanklos
nachdem sie
berückung e
sind, um ihre
erhalten. U
werden. Un
Erfolg hat, k
des ihnen e
gefordert.
Si
einst im al
zu halten
Raifer und
Als
biefen
mit meine
No, au
schworen
solbern. G
enthaltene
durch bewir
sprechenden
abringen.
Beltragsteif
aus dieser
das beste ist,
möglich den

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 198.

Dresden, Dienstag den 27. August 1912.

23. Jahrgang.

Agitationsbezirk Dresden.

Das Flugblatt gegen die Steuererhöhung, das in nächster Zeit verbreitet werden soll, ist nicht in Berlin beim Parteivorstand zu bestellen, wie aus dem unterm 23. August an die Kreisvorsitze ergangenen Rundschreiben gesehen werden könnte, sondern in der Dresdner Volkszeitung, Dresden, Gr. Zwingerstr. 14. Bestellungen sind mit Angabe der Auflage und Adressen der Empfänger bis spätestens den 2. September aufzugeben.

Dresden, den 27. August 1912.

Der Bezirksvorstand.

Sächliche Angelegenheiten.

Wahlschmuffeleien der Militärvereine.

In welcher Weise und mit welchen Mitteln die leitenden Stellen der R. S. Militärvereine die Schmuffeleien nach der Bestimmung der Militärvereinsverordnung treiben und sich deren Wahltreue zu erhalten versuchen, illustriert ein Erlaß, der an die Militärvereine im Bezirk Dresden ergangen ist.

Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Kamerad!

Wie bereits nach dem im Jahre 1907 erfolgten Reichstagswahlkampf, so ist auch nach den Wahlen im Januar 1912 die Annahme möglich, daß die Mitglieder meines Bezirkes sich nicht überall so verhalten haben, wie es von ihnen im Hinblick auf den von ihnen geleiteten Wahlergebnis und auf die von ihnen anerkannten Bestimmungen unserer Bundesfassung erwartet werden mußte. Zu dieser Annahme kann man gelangen durch Vergleichung der zu Ende des Jahres 1910 ermittelten Zahl der Mitglieder eines Bundesvereins mit der Summe derjenigen Stimmen, die am Tage eines solchen Verzeichnisses für andere Reichstagskandidaten als für sozialdemokratische abgegeben worden sind.

Dabei hat man wohl zu berücksichtigen, daß diese Ermittlungen als zuverlässig und maßgebend um bezwillen nicht angesehen werden dürfen, weil keinesfalls überall die Mitglieder eines Bundesvereins sämtlich auch am Tage dieses Verzeichnisses wohnen, und weil unter den Mitgliedern sich solche befinden, die zur Zeit der Wahl noch nicht 25 Jahre alt, also noch nicht wahlberechtigt gewesen sind, sowie solche, die durch Alter, Krankheit und Abwesenheit dem Wahlrecht nicht haben ausüben können. Immerhin habe ich seitens des Bundespräsidiums die Kritik an den Ermittlungen erhalten, überall dort, wo nach diesen Ermittlungen auch nur die Möglichkeit pflichtwidrigen Verhaltens von Bundesmitgliedern vorliegt, die Angelegenheit eingehend zu prüfen. Das Präsidium ist der Ansicht — und ich pflichte ihr bei —, daß wir nicht erst die Meinung auskommen lassen dürfen, daß ein Teil unserer Kameraden sozialdemokratisch gewählt haben müßte. Vielmehr müssen wir energisch und entschlossen gegen die Pflichtwidrigkeiten vorgehen; das erfordert nicht nur unsere Bundesfassung, sondern auch das Ansehen und das Wohlwollen, dessen wir uns bei allen Vaterländischen Gefühlen erfreuen.

Sollten Sie Pflichtenverletzungen eines Bundesmitgliedes ganz zweifellos festgestellt haben, so bitte ich Sie, soweit Sie das nicht schon getan haben sollten, um schleunige Einleitung des Ausschließungsverfahrens. In denjenigen Fällen, in denen ein Bundesmitglied nur verdächtig, ihm aber nicht nachgewiesen ist, daß er einen sozialdemokratischen Wahlzettel abgegeben hat, bitte ich Sie, auf die Vollziehung des bekannten Reverses — verpflichtet das betreffende Mitglied — hinzuwirken zu wollen. Am besten und richtigsten würde es freilich sein, wenn alle diejenigen Bundesmitglieder, die es — sei es auch nur als sogenannte Mitläufer — mit der Sozialdemokratie halten, freiwillig aus unseren Vereinen austreten würden.

Die Zeit ist so ernst, daß entschlossen, gleichzeitiges und schnelles Handeln nottut.

Ich füge in der Anlage einen Fragebogen bei und sehe Ihrem Berichte binnen zwei Wochen entgegen.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

Dr. Wlge

Bezirksvorsteher.

Im Kreis der Arbeiterverbände gibt es nun tatsächlich eine Anzahl älterer Militärvereine, die in jungen Jahren gedankenlos in die Rege dieser Vereine getreten sind und die, nachdem sie in der Sozialdemokratie ihre wahre Interessensvertretung erkannt haben, in den Militärvereinen geblieben sind, um ihre Ansprüche an die Steuermittelverteilung aufrecht zu erhalten. Hinter diesen Leuten soll nun herumgeschliffelt werden. Und wenn die Gestaltungsrichter nicht den vollen Erfolg hat, dann wird von ihnen eine schriftliche Befreiung des ihnen einst in der Kaserne abgezwungenen Fahnenweises gefordert. Das geschieht in folgender Form:

Hierdurch verpflichte ich mich, den Schwur, den ich einst im aktiven Heere zur Fahne geleistet habe, gewissenhaft zu halten und die Fische und Kreuze zu König und Vaterland, Kaiser und Reich unentwegt zu pflegen und zu fördern.

Als Beweis meiner aufrichtigen Gesinnung habe ich diesen

Meiner

mit meiner Namensunterschrift eigenhändig vollzogen.
Na, auch über diesen doppelten Zwirnsfaden eines deschworenen Schwures werden die in Frage kommenden nicht stolpern. Gehn aber wird ihnen die in dem Rundschreiben enthaltene Aufforderung zur Gestaltungsrichter und die dadurch bewirkte Ermutigung des Verzeichnisses den entsprechenden Reife vor der R. S. Militärvereinsbewegung abringen. Junge Arbeiter aber, die noch nicht viel durch Beitragsleistung an den Militärvereinen bejahrt haben, werden aus dieser widerlichen Gestaltungsrichter ersehen, daß es das Beste ist, diesen Vereinen und ihren Machern so schnell wie möglich den Rücken zu kehren.

An einen Reifstall bei der Adelshauspolitik

erinnert die Leipziger Volkszeitung anlässlich einer Abhandlung über die unerhörte Einseitigkeit, mit der das Finanzministerium bei Vergütung von Fahrpreiserhöhungen gegen nationale Kurza-Bereine einseitig und Arbeiterportvereine andererseits verfährt. Das hat sich bekanntlich besonders durch die Ablehnung des Gesuchs der Dresdner Arbeiterturner gezeigt, das nicht weiter fordernde, als den Arbeitern dieselben Fahrpreiserhöhungen bei gemeinsamen Eisenbahnfahrten zuteil werden zu lassen wie den sogenannten nationalen Organisationen. Dazu bemerkt das Leipziger Parteiblatt unter anderem: „Der Fall erinnert uns auch an ein anderes Vorkommnis, das sich zwischen Arbeiterturnern und dem Finanzministerium abgespielt hat. Vor zwei Jahren hielten die Arbeiterturner in Grotzsch ein Bezirksturnfest ab. Die Leipziger Arbeiterturner richteten an die Generaldirektion ein Gesuch um Stellung eines Sonderzuges, das aber nach 14 Tagen (!) unter ausdrücklichem Hinweis auf eine Verfügung des Finanzministeriums mit der Begründung abgelehnt wurde, daß an dem fraglichen Sonntage wegen des starken Verkehrs bereits von der Eisenbahnverwaltung ein Sonderzug nicht mehr eingelegt werden könne. Die Leipziger Arbeiterturner wandten sich darauf an die preussische Eisenbahnverwaltung mit einem Gesuche um einen Sonderzug bis Pögan, das auch umgehend, also ohne Annäherung des Finanzministeriums, in zustimmendem Sinne erledigt wurde. So führen die Turner auf der preussischen Bahn bis Pögan und lesen die 20 Minuten nach Grotzsch hinüber. Das Gesuch hatte der preussische Fiskus gemacht. Als diese Angelegenheit von einem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in der zweiten Kammer zur Sprache gebracht wurde, erstand natürlich der Reichstag über diese sächsische Schilddrüsenerei. Der Finanzminister aber machte ein merkwürdig helles Gesicht und schweigte — ebenfalls nach dem Muster des Vollzeitsministers, der alle Anklagen gegen seine doppelstöckige Verwaltungspraxis einfach überhört und so den Staat in besonders offenkundiger Sozialistenverleumdung von der Arbeiterbewegung überwinden werden.“

Reminiscenzen zur Landesversammlung.

Im Anschluß an eine Auseinandersetzung über einige auf der letzten Landeskonferenz umstrittene Fragen bringt die Chemnitzer Volksstimme zwei geschichtliche Erinnerungen an die im Hinblick auf die jüngst durchgeführten Debatten unsere Partei immerhin interessieren werden. Die Volksstimme schreibt: „Genosse Lipinski hat die Bemerkung gemacht, daß eine Ansicht der Landesinstanzen über die Presse schon immer, lange vor dem neuen Statut, bestanden habe. Dieser Ansicht sind meine Kreise der Genossen. Unbestritten ist diese Anschauung aber nicht. Auf der Landeskonferenz in Dresden 1896 ist Genosse Bruno Schönlank sehr grob geworden, als die Landesversammlung ein solches Recht in Anspruch nehmen wollte. Er hat kurz und bündig erklärt: „Die Leipziger Volkszeitung unterliegt nur der Kompetenz der Leipziger Genossen. Sie haben hier nicht das Recht, Kritik zu üben.“ Genosse Lange (Leipzig) fügte dem hinzu: „Die Angriffe Kadens auf die Leipziger Volkszeitung gehören nicht hierher. Die Leipziger Volkszeitung ist kein Blatt Sachsen, sondern des 12. und 13. Wahlkreises.“ Und Genosse Wenge (Leipzig) debutierte der Landesversammlung, daß die Leipziger Genossen ohne jede Rücksicht auf das übrige Sachsen die Redakteure der Leipziger Volkszeitung zwingen würden, so zu schreiben, wie es die Leipziger Genossen verlangten. Eine Resolution Pinkaus, der Leipziger Volkszeitung den Label der Landesversammlung auszusprechen, wurde nach diesen Erklärungen einfach zurückgewiesen. Im nächsten Jahre gab es eine Debatte über den Chemnitzer Beobachter. Damals, auf der Chemnitzer Landesversammlung, erklärte der Vorsitzende, daß, nachdem das Blatt angegriffen sei, er auch seinem Redakteur, dem Genossen Rosenow, das Wort geben müsse, obwohl dieser kein Mandat besaß. Die Landesversammlung stimmte dem einstimmig zu.

Schließlich erinnert die Volksstimme auch daran, daß man auf früheren Landeskonferenzen den Besuch gegnerischer Versammlungen anders beurteilt hat als jetzt. Doch gibt unser Brudersblatt dabei selbst zu, daß andere Verhältnisse auch zu anderen tatsächlichen Maßnahmen führen können.

Gestorben

Ist in Leipzig der Genosse Franz Gölz in dem Alter von 62 Jahren. Er war besonders selbsterktrig tätig. Von Beruf Schneider, gründete er den Schneiderverband mit. Kurze Zeit gehörte er auch die in Leipzig erscheinende Fackel als Verantwortlicher. Später war er Gastwirt. Seine Lokale waren immer ein Zufluchtsort für die viel verletzten Genossen. Zuletzt war er im Leipziger Volkshaus beschäftigt.

Vom Stand der Wohnungswirtschaft.

Einigen bürgerlichen Zeitungen wird aus Ostschon berichtet: „Schlechte Wohnungswirtschaft für landliche Gefilde werden noch in manchen Gegenden Sachsen benutzt. Die Mißstände in stiller und häßlicher Verhüllung, die dadurch hervorgerufen werden, wurden in der letzten Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Ostschon besprochen. Amtshauptmann Dr. Wach hatte zu Anfang seiner Tätigkeit ein Regulator erlassen, um die miserablen Wohnungsbedingungen der landwirtschaftlichen Arbeiter zu beseitigen. Verschiedene Großgrundbesitzer richteten sich aber nicht nach den Vorschriften. Bei einer Revision, die sich auf 40 Fälle erstreckte, ergab sich die erschreckende Tatsache, daß in keinem einzigen Falle das Wohnungsregulatoriat beachtet worden war. Das Gefinde ließ sich tatsächlich aus Untermissen der natürlich nur in den Amtsblättern bekanntgegebenen Vorschriften alles inollen. Das Regulatoriat soll daher in den Gefinde nicht in Plakatform ausgehängt werden, damit das Gefinde sieht, was es zu beabsichtigen hat. Demnach Amtshauptmann Dr. Wach ist mit dieser Handhabung unzufrieden, widersetzten sich die Agrarier. Die Amtshauptmannschaft will jetzt energisch vorgehen, um den Bestimmungen der Wohnungsregulatoriat Beachtung zu verschaffen.“

Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob die Amtshaupt-

mannschaft Ostschon wirklich energisch vorgehen wird. Die ablehnende Haltung der Agrarier zu dem Ausschließen des Wohnungsregulatoriat ist aber interessant. Sie wollen das Wohnungswesen möglichst erhalten wissen, weil der Agrarier dabei billiger wegkommt. Und dabei schreien die Herrschaften auch noch über Leutenot auf dem Lande.

Nach dem Verkehr auf den sächsischen Bahnhöfen

enthält der bereits erwähnte Bericht über die sächsischen Staatsbahnen im Jahre 1911 nach folgenden Mitteilungen: Nach der Anzahl der abgereisten Personen nahm von allen Stationen des sächsischen Bahnbereiches der Hauptbahnhof Dresden die erste Stelle ein. Seine Personenzahl belief sich im Jahre 1911 auf 7 618 645, gegen 8 808 626 im Vorjahre. Ihm folgen: Chemnitz Ost mit 5 071 958 (5 729 711) Personen, Leipzig Haupt Ost mit 3 060 045 (2 885 141) Personen, Dresden Neustadt mit 3 028 894 (2 874 205) Personen, Leipzig-Dresdener Haupt Ost mit 2 781 806 (2 201 988) Personen, Zwickau mit 2 083 096 (1 933 795) Personen, Plauen (Vogl.) Ost mit 1 988 744 (1 894 982) Personen, Pirna mit 1 454 892 (1 814 985) Personen, Dresden Neustadt mit 1 220 966 (1 288 922) Personen, Aederstedt mit 1 201 210 (1 151 880) Personen, Zittau mit 1 199 201 (1 120 003) Personen, Chemnitz Süd mit 1 116 900 (1 034 508) Personen, Rottschappel mit 940 226 (879 600) Personen, Reichen mit 891 844 (880 054) Personen, Zerbau mit 867 263 (816 401) Personen, Oelsch mit 849 094 (700 501) Personen, Aitzsch mit 844 716 (816 177) Personen, Wahren mit 880 059 (790 342) Personen, Freiberg mit 789 845 (744 862) Personen, Chemnitz Nicolaivorstadt mit 766 889 (749 501) Personen. Dagegen nimmt nach der Bedeutung der Stationen im Güterverkehr nach dem Gewicht der abgeforderten und angelassenen Güter der Hauptbahnhof Dresden die erste Stelle ein und zwar mit 8 549 816 Tonnen (gegen 8 206 026 Tonnen i. J. 1910), es folgen sodann Oelsch (Ergeb.) mit 1 686 111 (1 290 450 To.), Riesa mit 1 163 161 und 1 496 078 (1 588 486 To.), Dresden-Nikolaivorstadt mit 1 470 000 (1 818 221 To.), Meuselwitz mit 1 251 454 (1 100 589 To.), Chemnitz Ost mit 1 188 674 (1 129 750 Tonnen), Dresden Neustadt mit 1 126 214 (1 085 383 To.), Chemnitz Süd mit 1 044 982 (841 883 Tonnen), Leipzig-Dresdener Ost mit 859 089 (750 478 To.), Zwickau mit 801 892 (824 833 To.), Dresden-Friedrichstadt mit 791 892 (824 833 To.), Dresden-Neustadt mit 719 607 (519 888 To.), Ruggau mit 897 507 (658 210 To.), Dresden-Rainig-Albert-Hafen und Dresden-Nikolaivorstadt mit 688 508 (624 015 To.), Chemnitz Süd mit 588 926 (538 227 Tonnen), Pirna mit 594 249 (467 067 To.), Zerbau mit 466 957 (417 448 To.), Wahren mit 460 184 (420 918 To.), Zittau mit 417 448 To., Wahren mit 409 408 (389 819 To.), Plauen (Vogl.) Ost mit 428 417 (389 431 To.), Wahren mit Industriebahn im Spreetal bei Bautzen mit 403 982 (337 678 To.), Müglitz bei Pirna mit 381 786 (384 408 To.), Grimmitzsch mit 377 398 (376 892 To.).

Neuere Brauereiverfassung.

Wie dem Pirnaer Anzeiger aus Wahren mitgeteilt wird, ist durch die Anknüpfung in Wahren in Wahren eine betriebl. Veranuerung des Wahren abachtes herbeigeführt worden, daß für die Annahme, die auf den Gebrauch des Nachwassers für Wirtschaftszwecke angewiesen sind, gesundheitsschädlich wirkt. Der Vorkonsum der früher so häufigen Wahren ist vollständig vernichtet. Jetzt beachtet man auch auf Wahren über Porellenberg in der Wahren oberhalb der Stadt im Oelschgründe. Dort sind wiederholt tote Porellenberg aus Wahren gemeldet. Der Wahren wird auf die neu erzielte Anknüpfung in Wahren noch zurückgeführt, wo die staatsrechtlichen Wahren ohne nach in das Wasser gelangen und abwärts getragen werden. Leider hindert die Wahren, daß die sächsischen Behörden ohne weiteres eingreifen könnten.

Leipzig. Mit tellener Freigebigkeit griff der Leipziger Stadtrat in den Streit, als er sich mit kommenden Kongressen befaßte, die für die Jahre 1913/14 in der Seeftadt an der Pflanze zu erwarten sind. Er beschloß, dafür 100 000 M. bereitzustellen. Ferner soll mit einem Kostenaufwande von 75 000 M. eine Festschrift in 100 000 Exemplaren herausgegeben werden, die den Mitgliedern der Kongresse überreicht werden wird. Die vom letzten Städtetag aufgestellten Warnungen, für Festlichkeiten bei Kongressen das Geld nicht mehr massig hinauszuwerfen, hat der Leipziger Stadtrat in den Wind geschlagen.

Oelsch i. S. Vier Automaten für Sammel-fahrkarten 3. und 4. Klasse sind auf dem hiesigen Bahnhof aufgestellt worden. Die Sammelkarten lauten nach verschiedenen Stationen, z. B. 4. Klasse zum Preise von 40 Pf. von Oelsch (Vogl.) nach Wahren, oder Marktneukirchen, oder Marktneukirchen-Siebenbrunn, oder Plauen (Vogl.) Oberer und unterer Bahnhof, oder Plauen (Vogl.) West. Sie enthalten den Ausdruck „Automat“ und werden an der Bahnsteigsperre wie die übrigen Fahrkarten gelocht, jedoch nur für die Station, die der Reisende als Bestimmungsstation angibt. Diese Einrichtung stellt eine Erleichterung in der Fahrkartenerhebung dar; längeres Warten an den Schaltern wird dadurch vermieden werden.

Konferenzen des Arbeiter-Stenographenbundes.

Samstag den 25. August tagte in der Residenzstraße in Dresden die 5. Konferenz des Arbeiter-Stenographenbundes Sachsen. Vertreten waren 23 von 34 Vereinen durch 25 Delegierte. Aus dem Bericht des Gouvordandes ist zu entnehmen, daß im letzten Geschäftsjahr in 51 Orten 60 Unterrichtsstunden mit zusammen 697 Teilnehmern abgehalten wurden. Als Vorort des Bundes wurde Chemnitz wiedergewählt, ebenso der bisherige Gouvordand Genosse G. Waltherr, Chemnitz. Weiter Straßburg. Der nächste Goutag findet 1913 in Wahren statt. Mit dem Goutag verbunden war eine stenographische Ausstellung.

Keine Nachrichten aus dem Lande. In Bauungen bei Wahrenburg ist der 66 Jahre alte Schuhmachermeister Baum an Altersschwäche gestorben, seine Wittwe hinterläßt drei Kinder. Die Wittwe hat die Schwämme selbst gesammelt. — Bei Vornahme einer einfachen Reparatur in dem sechs Meter hohen Schulbrunnen in Gafara bei Ostschon wurde der 25jährige Stellmacher Wähler, der diese Arbeit ohne jede Fremde Hilfe vornahm, auf der herabgelassenen Leiter von einem herabfallenden Stein getroffen. Er fiel in das Brunnenwasser und ertrank. — Die Hilfschekfrau Grimlag geb. Sommer kürzte im katholischen Institut in Leipzig aus dem 3. Obergesch. in einen Vließchacht ab. Im Krankenhaus St. Jakob nach sie an den erlittenen Verletzungen. — In der Landesversammlung zu Wahrenburg werden große Neu- und Umbauten vorgenommen. Es werden ein 70 Meter langes Frauenhaus für 100 Patientinnen und ein neues Wahrenhaus errichtet. Die Arbeiten sollen noch vor dem Winter fertiggestellt werden.

maßigung fordert. Einen Entlassungsgrund vermag der Beklagte nicht anzugeben, er behauptet aber, es habe gar kein festes Engagement vorgelegen. Da über diesen Punkt keine Klarheit zu schaffen ist, vergleichen sich die Parteien auf 15 M. Entschädigung.

Wegen den Bauunternehmer Thamm gegen den Maurer Maurich wegen 9,24 M. und die Maurer Steiner, Siegel, Frahl, Müller und Heimann wegen zusammen 90 M. Vorkostenforderung. In einer vorigen Sitzung hatte Maurich als Kolonnenführer bereits für die anderen Arbeiter mit insgesamt 90 M. eingeklagt. Er selbst wäre bei dieser Klage leer ausgegangen. Die Parteien schlossen auch einen Vergleich auf Widerruf, wonach sich der Beklagte zur Zahlung von 90 M. verpflichtete. Diesen Vergleich widerrief der Beklagte. Er führte zur Begründung der Vorkostenforderung in der Hauptsache mangelhaftes Schlemmen und Buzen der Arbeiter an. Da das Buzen bereits bezahlt ist, kann er aber hierfür keine Vorkosten mehr machen. Das Gericht hält die Forderungen der Kläger für berechtigt und verurteilt den Beklagten, an Maurich 9,24 M. und an die übrigen Arbeiter je 15 M. zu bezahlen.

Wegen Herausgabe der Rantion von 5 M. klagt die lernende Blätterin Koth gegen die Inhaberin einer Blätterhandlung. Die Kothzeit war nach nicht ganz beendet, als die Klägerin anlässlich einer Auseinandersetzung fortging. Sie hatte ein Heftchen mit sich genommen und wollte deshalb angeklagt. Durch die Auseinandersetzung hätte sie sich vorläufig außerstande, weiterzuarbeiten. Sie nahm das Heftchen mit und reparierte es zu Hause. Dann brachte sie es wieder und wollte wieder arbeiten. Von der Beklagten erhielt sie aber eine ausweichende Antwort, und sie nahm deshalb an, dass man auf die Fortsetzung des Verhältnisses keinen Wert legt. Sie hatte die Beklagte zu einer bestimmten Antwort drängen wollen. Vergleichsweise zahlt die Beklagte 2,50 M. von der Rantion zurück. (Vorstand: Gewerkschafter Dr. Hünig, Unternehmer-Beisitzer: Baumeister Pusch und Zahnkünstler Neumann. Arbeiter-Beisitzer: Maurer Troscht und Tischler Wolf.)

Aus der Umgebung.

Dölschen. Der Gemeinderat hatte um Verringerung der Fahrpreise für Zeitfahrkarten innerhalb des Bereichs der staatlichen Straßenbahn auf Linie 20 nachgesucht. Das Königl. Kommisariat hat das abgelehnt, da auf sämtlichen staatlichen Straßenbahnen die Preise gleichmäßig nach dem Linienstufen, nicht aber nach Zonen- bezw. Entfernungsstufen bemessen sind. Der Gemeinderat beschloß, sich in dieser Angelegenheit mit den Gemeinden, die ebenfalls staatliche Straßenbahnverbindungen haben, in Verbindung zu setzen.

Kemnitz. Gemeinderatsitzung. Der Gemeinderat nahm Kenntnis von einer Zuschrift der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, in der sie die Uebernahme der Kosten einer elektrischen Lampe an der Einmündung des Gangweges in die Reifner Straße aus Mangel an Bedürfnis ablehnt, für bessere Beleuchtung aber durch Abtragung des Hügels am Bahnhof besorgt sein will. Man berätigt sich bei diesem Bescheid. Ferner teilte der Gemeindevorstand mit, daß für nächstes Jahr umfangreiche Wegeverbesserungen vorzunehmen sind. Es sind aber nicht unbeträchtliche Beiträge zu gewärtigen. Wäherrevisor Soeh hat die ihm übertragene Prüfung der Jahresrechnung vorgenommen. Ausführlicher schriftlicher Bericht steht noch aus. In einer Verfügung fordert das Ministerium, für umfangreichere Kontrolle der Arbeiterlohnbestimmungen auf Bauten mehr als bisher besorgt zu sein. Besonders sei die Kontrolle durch im Nebenamt tätige Ortsbauinspektoren in der Regel ungenügend. Es empfehle sich daher, besondere Revisoren, eventuell gemeinsam mit Nachbargemeinden, anzustellen. Genosse Vater tritt dafür ein, daß man dieser auch von der Arbeiterchaft gestellten Forderung nachkommen müsse. Gemeindevorstand Grundmann beantragt, den Ortsbauinspektor Reife damit zu beauftragen, der diese Kontrolle unentgeltlich besorgen will. Auch Herr Schäfer wünscht, daß die Sache zunächst nicht zu viel Kosten mache. (1) Der Gemeinderat nimmt natürlich den Antrag an. (Es wäre zuviel verlangt, wenn die Kemnitzer Hausbesitzer auch noch für Arbeiterlohn und ähnliches Geld ausgeben sollten.) Kampfermeister Wendisch hat den ihm übertragenen Anschlag an das Steigwerk Wasserleitungsbau fertiggestellt und ist die Arbeit abgenommen worden. Der Gemeindevorstand schlägt vor, die diesjährigen Gemeindevorstandswahlen nach altem Ortsgesetz auszuführen. Genosse Vater ist anderer Ansicht und beantragt, die Finanzkommission habe zu prüfen, wie weit unser Ortsgesetz wegen der Wahlen abgeändert werden müsse, um der neuen Landgemeindevorordnung zu genügen. Man beschließt demgemäß. Der neugewählte Gemeindevorstand hat seine Zustimmung zu den ihm angebotenen Pensionsbedingungen gegeben, so daß nun die oberbehördliche Festsetzung nachgesucht werden kann. Das abgeänderte Baugesetz soll demnächst kommen. — Der Vorstand wird ermächtigt, eventuell mit dem Tiefbauamt Dresden in Verbindung zu treten wegen einer außerordentlichen Reinigung der Schleusenanlagen. — In nichtöffentlicher Sitzung beschloß der Gemeinderat u. a. das Gesuch Schönbach um Uebertragung der Konzession an seinen Schwiegersohn. Einige Wünsche um Verabreichung des Wasserzinses auf Neubauten wurden genehmigt und beschloffen, in Zukunft Kontrolluren auf Bauten anzubringen.

Gohlis. Am Sonntag nachmittag wurde von dem Jahrmeister Paul ein männlicher Leichnam im Elbstrom treibend bemerkt und ans Land gebracht. In den Taschen des Toten wurde eine Photographie vorgefunden, die den Namen Arthur Böttcherling (Dresden) trägt. Der Leichnam liegt hier. Polizeiliche Ermittlungen sind eingeleitet.

Döhlen. Am Montag nachmittag war ein Arbeiter der Firma Satine u. Rittershaus, Dresden, Boersbergstraße 3, auf dem Neubau der Stahlkitt-Willa damit beschäftigt, einen schweren Kessel mit Schrauben in den Bau zu tragen. Er stieß aus und der Kessel fiel ihm von hinten aufs Bein. Das Bein war gebrochen. Das war um 1/2 Uhr. Man schaffte den Verunglückten nicht in eine Bude, sondern einfach in den Bau. Hier lag er sehr. Der benachbarte Monteur kümmerte sich nun weiter nicht um den Verunglückten, sondern ging einfach seiner Beschäftigung nach. Nachdem es ungefähr 4 1/2 Uhr war, wurden Bauarbeiter erst auf den Unfall aufmerksam und legten ihm einen Rotverband an. Dann bereiteten sie eine Tragbahre, auf der der Verunglückte zu Dr. Horn in Döhlen transportiert wurde. Nach einem sehr heftigen Wortwechsel mit dem Monteur gelang es, diesem Marzuzumachen, daß er sich um seinen verunglückten Arbeiter zu kümmern hätte. Ueber eine Stunde mußte dieser mit heftigen Schreien in einem offenen zugigen Räume liegen, ohne daß ihm Hilfe zuteil wurde.

Hainsberg. Den Eltern und Pflegern der Kinder, die die Schule in Hainsberg besuchen, wird bekannt gegeben, daß das Schulgeld nicht mehr wie bisher in der Schule eingehoben wird, sondern von jetzt ab direkt an die Gemeindefiskasse mit zu entrichten ist. Die Schulgeldquittungsbücher verbleiben nach wie vor in Geltung.

Lodwin. Mittwoch den 28. August, abends 8 Uhr, im Unteren Gasthof öffentliche Gemeindevorstandssitzung.

Niederfeld. Am Sonntag früh wurde an der Bahnstrecke zwischen Mägeln und Niederfeld ein 24jähriger Maler aus Dresden aus vielen schweren Kopfwunden blutend von einem Streckenwärter angegriffen und nach dem Bahnhof Niederfeld geführt, wo ihm ein Rotverband angelegt wurde. Darauf konnte er nach seiner Wohnung in Dresden gebracht werden. Anscheinend hat der Mann den letzten Zug verpaßt und ist auf der Bahnstrecke nach Dresden zu gegangen. Ob er nun hierbei von einem Zug angefahren worden ist, konnte nicht festgestellt werden.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Gehäuel. Der Schlichter Adam Stöpel hatte im März d. J. eine dreijährige Juchthausstrafe verbüßt und sich von da aus nach Oberschlesien begeben, wo seine Mutter lebt. Trotz seiner Bereitwilligkeit, jede Arbeit zu verrichten, nahm ihn niemand an. Hatte er wirklich auf einem unbedenklichen Ort Arbeit erhalten, wurde er wieder fortgeschickt, als man durch die polizeilichen Recherchen erfuhr, daß er unter Polizeiaufsicht stand und bekannt wurde, daß er eine längere Juchthausstrafe verbüßt hatte. Er verfuhr, besetzt mit den besten Vorlesungen, ein geordnetes Leben zu führen, durch Abwanderung sein Glück im entlegenen Teil von Deutschland; er ging nach Oden. Hier bemühte er sich, bei einer der vielen Juchen Arbeit zu finden. Aber auch hier dasselbe Resultat. Wenn er nachweisen sollte, wo er bis jetzt gewesen, kam immer wieder seine dreijährige Internierung im Juchthaus zur Kenntnis der Arbeitgeber und man schickte ihn fort oder nahm ihn gar nicht an. Als ganz besonders fähig für den Beginn eines geregelten Lebens schilderte er die Polizeiaufsicht, weil durch die Nachforschungen der Behörde der Arbeitgeber immer Nachricht von dem letzten Vergehen erhielt und ihn aus leicht begründlichen Gründen entließ, schon der Bequemlichkeit halber, um keine Unannehmlichkeiten mit den Behörden zu haben. Entnützt durch diese Verhältnisse begab sich St. wieder nach Schlesien und glaubte, daß es ihm doch hier oder in Posen eher glücken würde, festen Fuß zu fassen. Teils frechend, teils sich mit Gelegenheitsarbeit durchschlagend, war er bis in die Gegend von Königsbrunn gekommen. Hier war es mit der Arbeitlosigkeit ganz alle. Um sich Unterhalt sowie Verpflegung zu verschaffen, fertigte er sich Scheitelfische an, nach denen er vom Dresdener Eisenbahnervermittlungsbureau als Vermittlungsbeamter legitimiert wurde. In diesen Scheitelfischen legte er sich auch einen falschen Namen zu. Durch Vorlegen solcher Scheitelfische verschaffte er sich im Juni und Juli im Niederschlesien, Königsbrunn und Habeburg bei sieben verschiedenen Personen Unterkunft und Verpflegung hellenweise auch kleine Portionen und verschwand dann nach einigen Tagen wieder. Der Angeklagte war geschäftig und sich auch bewußt, daß er ungesetzlich gehandelt habe, er sagte aber, er sei durch die Verarmung und den Hunger zu den Straftaten getrieben worden. Das Gericht erkannte unter Annahme mildernder Umstände auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust. (!) Weisung wird links.

Wegen Untreue wurde gegen den 40jährigen, schon oft verurteilten Kaufmann Friedrich Paul Thelen verhandelt. In einer diesigen Scheitelfische lernte er den ebenfalls dort beschuldigten Kaufmann L. kennen. Letzterer hatte Paul, sich ein ähnliches Geschäft zu gründen und besprach diesen Plan mit Th. Ganz besonders lag ihm an der Beförderung von 350 M. Th. besprach ihm, das Geld zu besorgen; er habe einen Kapitalisten an der Hand, aber L. mußte ihm als Sicherheit einen Wechsel über genannte Summe ausstellen, anders ist es kein Geldmann nicht. L. stellte den gewünschten Wechsel aus und gab ihm Th. Dieser machte ihn zu Geld und verbrauchte es für sich. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Neues aus aller Welt.

Amtsrichter und Militärbehörde.

Hg. Karlsruhe, 26. August. Vor der hiesigen Strafkammer begann unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Rasper eine auf mehrere Tage angelegte Verhandlung gegen den Amtsrichter Knittel aus Rühl (Oberschl.). Der wegen Verleitung hoher militärischer Kommandanten auf offizien angeklagt ist. Staatsanwalt Walter vertritt die Anklage, die Verleitung führt Justizrat Rasmussen. Im Beginn der Verhandlung wird ein Antrag des Staatsanwalts auf Ausschluß der Öffentlichkeit abgelehnt. Das Gericht beschloß jedoch den Ausschluß bei Verlesung einzelner Urkunden vor. Aus der alsdann vorgenommenen Vernehmung des Angeklagten ergibt sich, daß er 1898 Offizier wurde. Er wurde durch Verlesung des Bezirkskommandos zur Landwehr überstellt und führt diese Ueberstellung auf Vorgänge bei der Landtagwahl und der Reichstagswahl zurück. Er hat schließlich am 13. Februar 1900 ein ehrengerichtliches Verfahren gegen sich beantragt und hat in diesem Verfahren alle Instanzen bis zum Reichs an den Kaiser durchlaufen. Das Disziplinarkommando hat entschieden, daß die Offiziersrechte des Leutnants Knittel durch die Verleitung an der Landtagwahl und die Annahme des Amtes eines Kirchenbauhilfsleiters nicht berührt wurde. Auch die kaiserliche Entscheidung lautete dahin, daß ein Anschlag zur Einleitung eines ehrengerichtlichen Verfahrens nicht zu erkennen sei. Der Angeklagte hat dann ein Disziplinarverfahren gegen den Hauptmann v. Kammer beantragt, jedoch sagt er, daß in der Sache nichts geschehen ist. Auch gegen den Bezirkskommandant v. Wittlinghoff hat er ein ehrengerichtliches Verfahren beantragt und hat ihm vorgeworfen, daß er mit direkten Vagen gearbeitet hat. In seiner Eingabe sagt er weiter, er sei das Opfer der Verleitung des Hauptmanns v. Kammer geworden und die Militärbehörden hätten ihre Wahrung nicht eingehalten wollen und sich immer mehr in Unwohlsein befinden. Beiden Herren mißt er außerdem Verleumdung vor, das ehrengerichtliche Verfahren gegen Wittlinghoff sei nur eine Farce gewesen. — Ueber die Vorgänge bei der Landtagwahl von 1900 selbst äußert sich der Angeklagte dahin, daß er nicht Zentrumsmittglied, wohl aber ein Zentrumsanhänger sei. Beim indirekten Wahlfahren könne man doch nicht wählen, wenn man möchte, sonst hätte er aus persönlichen Gründen einen konservativ-liberalen Kandidaten gewählt. Aber so mußte er die Wahlmänner des Zentrums und der Polen wählen, was er um so ruhiger tun konnte, als der polnische Kandidat D. Sebba sich auf die Verlesung verpflichtet hatte. Aus dem Reichsland sei es ausgetreten als er erfuhr, daß Nationalpolen darin waren. Auf die Frage, was er damit sagen wolle, daß das ehrengerichtliche Verfahren eine Farce war, erklärt der Angeklagte, er habe es damit als Beschuldiger eines gerichtlichen Verfahrens bezeichnen wollen. Das unfaule Vergehen des Herrn D. Wittlinghoff gegen ihn erklärt er mit dem Einfluß der Gemahlin des Herrn v. Wittlinghoff, die über seine Frau erzählt gewesen sei.

In der Nachmittagsitzung wurde, nachdem in geschlossener Sitzung militärische Schriftstücke vorgelesen waren, die Verleumdungsaufnahme eröffnet. Der erste Zeuge ist der Bezirkskommandant Hauptmann Kammer. Er will sich selbst, wie es sich aus einem persönlichen Offizier gehört, um die Wahl gar nicht gekümmert haben. Aber am Abend des Wahltags wurde ihm gesagt, Amtsrichter Knittel habe den Wahlmann des Zentrums über der Polen gewählt. Er ließ die Sache zunächst ruhen, weil für ihn nichts anging. Später aber sei es so offenbar geworden, wie Knittel geäußert hat, daß es die Spagen, von den Dächern blühen. — Vorl.: Ja, aber deshalb nicht, es doch eine politische Sache, um die Sie sich nicht kümmern wollen. — Zeuge: Jetzt aber war doch die Offizierschere

angegriffen, wenn es hier, ein Leutnant hat einen Polen gewählt. — Vorl.: Dann müßten Sie sich doch aber in Ihrer Offizierschere sofort drehen und nicht nach Monaten. — Zeuge: Es müßten auch so viele andere Herren haben, so daß ich dachte, vielleicht erstattet einer von denen Anzeige. Einmal Abends aber nach der Kirche habe der Kreisinspektor gesagt: Hören Sie mal, das geht doch nicht so weiter mit dem Amtsrichter. Wenn ein Fehler von mir das ist, ich würde ihn sofort anzeigen. Darauf sagte ich: Gut, auch ich will das tun, verschaffen Sie mir die Unterlagen dazu. Zeuge hat dann die Sache gemeldet, die Entscheidung darüber lag, wie er sagt, nicht bei ihm, sondern beim Bezirkskommando bezw. dem Ehrenrat.

Hierauf wurde die weitere Verhandlung auf morgen vertagt.

Brandstiftung in der Kirche.

Hülfeldorf, 27. August. In der Pfarrkirche von Hülfeldorf geriet während einer Andacht plötzlich die 200 Jahre alte wertvolle Orgel in Brand. Das Feuer breitete sich rasch in der Kirche aus und fand in den Holzgalerien und Bänken reichlich Nahrung. Nur mit Mühe konnte die Kirche gerettet werden. Die Untersuchung ergab, daß das Orgelgehäuse mit Petroleum im Brand gesteckt worden war. Der Brandstifter konnte noch nicht ermittelt werden.

Viehdiebstahl.

Hülfeldorf, 28. August. Heute erfuhr der 20jährige Fabrikhandwerker Leber aus Hülfeldorf seine gleichaltrige Braut Feig, die er von der Arbeitstätte in Reisholz abholte, und dann sich selbst.

Vergewaltigung.

Kürnberg, 26. August. In dem Orte Lettinshausen erkrankten sieben Personen nach dem Genuß von Pilzen, die sie selbst gesammelt hatten. Die Pflegerin ist bereits gestorben, vier Personen liegen hoffnungslos darnieder.

Aus Unvorsichtigkeit erschossen.

Kürnberg, 26. August. Auf der Feldbühnenjagd in Kürnberg in Württemberg hat der Wäherrevisor Stapf aus Unvorsichtigkeit seinen Vater erschossen.

Unterm Kalkofen begraben.

Annaburg, 26. August. In Gella bei Borgo stürzte ein Kalkofen ein, während Arbeiter mit dem Ausräumen beschäftigt waren. Drei Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Zwei von ihnen wurden getötet, der dritte schwer verletzt. Ein vierter Arbeiter, der ebenfalls bei den Ausräumarbeiten beschäftigt war, wurde infolge der Aufregung vom Verfall getroffen und starb.

Eine österreichische Kufavenpatrouille ertrunken.

Wien, 26. August. Einer aus Jaroslau eingetroffenen Meldung zufolge ist bei den Wäherern des 10. Armeekorps eine aus 12 Kujaren bestehende Patrouille beim Uebersteigen des Gauslusses ertrunken. Nähere Einzelheiten über das schwere Unglück fehlen noch.

Zwei schwere Fliegerunfälle.

Budapest, 26. August. Gestern stürzte auf dem Kaiser Flugfeld der Militär Alexander Tschack aus etwa 1000 Meter Höhe ab. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert, und der Flieger erlitt schwere Verletzungen an den Füßen. — Auch der Flieger Prodam verunglückte auf demselben Flugplatz bei einem Probeflug. Sein Apparat wurde vollständig zerstört; er selbst wurde mit gebrochenen Rippen ins Spital gebracht.

Briefkasten.

A. M. Bräuel. Wie waren selbstverständlich auf jenes Telegramm angewiesen, haben aber auch das Dementi gebracht. Die französischen Desertionen haben wie ein oder zwei Tage vorher gemeldet, weshalb uns Ihre Vorwürfe doppelt unverständlich sind.

Amittung. Für den Sozialdem. Verein Dresden-Alttadt gingen bei Unterzeichnetem ein: Mehrere Hälte der Lorgingehälte 1,20 M. Nag Richter.

Bereinskalender für Dienstag.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Verwaltungsstelle Dresden u. H. Abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung im gr. Saale des Volkshauses.
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Jahreshalle Dresden u. H. Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Wagler-Etablissement, Witten.
Turnverein Fortwärts, Habeburg, Wanderaabend mit Damen nach Waldruhe, Altmärkischer Punkt 8 Uhr von der Turnhalle.

Bereinskalender für Mittwoch.

4. Kreis, Bez. Köpenickbrunn, Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Goldenen Enfer, Köpenickbrunn.
6. Kreis, Gruppen Gorbis, Naumburg, Abends 9 Uhr gemeinschaftlicher Frauenbesuchungsabend im Hermanns Restaurant, Niederburgis.
Steinmetzen, Abends 7 Uhr Versammlung der Steinmetzen im Volkshaus, Zimmer 15.

Schulpflichtige Kinder



„Shampoo mit dem schwarzen Kopf“

sind der Uebertragung von Haar-krankheiten besonders ausgesetzt. Durch regelmäßige Waschungen der Kopfhaut und der Haare mittels „Shampoo mit dem schwarzen Kopf“ wird diese Gefahr vermieden, wenn nicht bemerkt. Das erkrankte Haar regeneriert sich. „Shampoo mit dem schwarzen Kopf“ macht das Haar schuppentfrei, glänzend und gibt auch dünnem Haar volles Aussehen. — Man wolle beim Einkauf ausdrücklich „Shampoo mit dem schwarzen Kopf“ mit der bekannten Schutzmarke und keine Nachahmungen des Original-Fabrikates kauft. — (Preis 30 Pf., 7 Pakete M. 1,50), auch mit 25, 50 oder 100 Paketen - Zusätze (Preis 25 Pf., 7 Pakete M. 1,50) in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerie-Geschäften erhältlich.

Hans Schwarzkopf, G. m. b. H., Berlin N 27.

Paul Göhre

Die sächsische Volkschule und ihre Reform

Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die **Verlagsbuchhandlung**

Echt Münchner
Eberl-Brau
 in Malbirer und
Elfer-Flaschen
Pramien-Bons
Eberl-Brause
Eberl-Sprudel

Garantiert reine
Block-Schokolade
 1 Pfund 58 Pf.
 bei 5 Pfund 1 Pfund 57 Pf.

Garantiert reiner
Kakao
 1 Pfund 70 Pf.
 Reinschmeckender
 gerösteter
Kaffee
 1 Pfund 140 Pf.

Webergasse 18
 Fernsprecher 1912.
 Freier Versand nach allen
 Stadtteilen.

+ Männerleiden
 Mund- und Halsentzündungen
 und Harnkrankheiten
 behandelt seit 17 Jahren mit gutem
 Erfolg ohne Berufshör. durch das
 Naturheilverfahren Prof. Heimbach,
 Dresden, Bautzner Str. 22.
 Sprechst. 2-5. Sonntags 8-11.

Kokes-Flocken
 Selbmanns Filialen

Erfinder
 wenden sich an das bestempfohlene
 Patentbüro **HOLSMANN**, Dresden,
 Weissenhofstr. 32 Ankerstr. 10.
 Langf. Kollern, Rosenthal, Grotzsch
 Beratung u. Angabe v. Firmen die er-
Käufer

Dauer-Wäsche
 enorm billig.
R. Freisleben
 Postplatz.
 Man achte auf Firma.

E. PASCHKY
 Heute wieder aus direkt. Dampferladungen
 eingetroffen und
 von ausgezeichneter blutfrischer Qualität

Seelachs , ohne Kopf, in großen Fischen 15 Pf.
Goldbarsch , ohne Kopf, in fetten, garten Fischen 16 Pf.
Kabljau , „Gelsol.“, in zwei bis dreifünftigen Fischen 15 Pf.
Schellfisch , „Gelsol.“, circa 1 1/2 pfundige Fische 22 Pf.

➤ Ausführlich gedruckte Kochrezepte gratis. ➤
 Täglich frisch aus den Räucherereien:
Vollpöcklinge, fett und zart 2 Stück 18 Pf.
 Die Wurst mit 32 Stück zum billigsten Tagespreise.
 Ger. Schellfisch, sehr delikat 1/2 Pfund 15 Pf.
 Ger. Flundern 1/2 Pfund 20 Pf.
 Ger. Forellenstör 1/2 Pfund 20 Pf.
 Kieler Spickaal, fett und reischmeckend 1/2 Pfund 45 Pf.
 Ger. Stromlaachs, fett u. reischmeckend in Stücken 150 Pf.

Neue saure Gurken
 allerfeinste große, 2 Stück 10 Pf., 100 Stück 400 Pf.
 In Originaltonnen mit etwa 400 Stück das Hundert 390 Pf.
 inklusive Taxe.

Neue breitschal. Senfgurken, 1/2 Pfund 20 Pf.
Neue mehrlreiche Kartoffeln 10 Pfund 40 Pf.
 Versand prompt gegen Nachnahme.

Prager Str. 26
Monatsgarderobe
 von feinsten Herrschaften wenig
 getragene Anzüge, Ulster und Paletots.
 Mk. 8.—, 10.—, 12.—, 15.—, 18.—, 22.— usw.
 Verleihung eleganter Gesellschafts-Anzüge.
Kaufhaus f. Herren-Garderoben
 G. m. b. H.
 Telefon 19575 Prager Strasse 26 Telefon 19575.

Nur Breite Str. 12 (Ueber den Winzerstuben)
 kauft man Anzüge, von Herrschaften
 wenig getragen, von 8 M. an, getragene
 Ulster und Paletots von 6 M. an,
 Jacketts und Hosen von 2 M. an,
 Gummimäntel u. Wetter-Pele-
 rinen usw. neues u. getr. Schuh-
 werk in allen Größen sehr preiswert.
 Fracks u. Gehrocke werden billigst
 verlesen und verkauft.
 ➤ Runben von anstwärts Jahrtvergiitung. ➤
 Bitte genau auf Nummer und auf Schilder dunkelrot zu achten.
Nur Wähler, Dresden-A., Breite Strasse,
 Zur billigen 12, 11.

Nur Galeriestr. 11
 bei D. Langer
 Nähe des Kilmartel
 kaufen Sie Ihre Kleider von
 Herrschaften wenig getr., billig.
 Wakenzüge u. R. 8.—, 10.—, 12.—, Ulster,
 Paletots u. R. 5.—, 10.—, Kinder-
 anzüge aus gutem Stoff u. R. 2.50,
 Pelertinen u. R. 5.—, Hosen, Schuhe
 u. R. 1.50, neue Ansterng, u. gut.
 Stoff u. R. 15.—20, Damentostime
 u. R. 5.—10, Federbetten u.
 R. 10 an, Bradanzüge u. 15.—20 Pf.,
 auch zu verlesen. Auswärtige
 Runben Jahrtvergiitung. Große
 Auswahl in gebr. Möbeln

Gute getragene Herren- und Damen-Kleider
 verk in jeder Preislage
L. Dresdner Spezial-Kleider-Magazin
Töpferstr. 1, 1. Et.
 Original-Im. Feinb. 1913.

12 Kabinett-Photographien von 3 M.
 an liefert
Photograph Rich. Jähnig
 Poststraße Nr. 12
 im Hause von Wetzel & Bech.

Mutterspritzen
 Hygien. Frauenartikel
Frau Heusinger
 ••• Am See 37 •••
 Ecke Tippelstr. 14.

Man verlangt jetzt
 die Bier der
Genossenschafts-Brauerei
G. m. b. H. Niederpoyritz
 in Niederpoyritz
 Genossenschafts-Brauerei
 H. Lager
 Einfach, hell und dunkel
 Sie sind vorzüglich
 und gut bekömmlich.

Sommerfeste! Bereine!
 Stofflaternen,
 100 St. v. 2.50 an,
 M. Laternen,
 Dvd. v. 20 Pf. an,
 Girlanden,
 St. v. 10 Pf. an alle
 Sommerfestartikel,
 Rindergeschenke,
 Lotteriegewinne
 Federrollen usw.
 Alles unerreicht billig, nur bei
E. Koch Neff.
 Galeriestraße 4. I.

+ Klinge Kranen +
 „Frauentee“, Gafel 75 Pf.
 Mutterspritzen, Spülkanne
 Monats-Gürtel, Leib-Binden
 sowie alle
Frauen-Artikel.
 Nur bessere Ware!
R. Freisleben
 Postplatz, 11. III.
 Man achte auf Firma.

Zahn-Praxis
Max Wagner
 Wettinerstraße 18, 1 Dresden, Wettinerstraße 18, 1
 früher Rudolphs Zahnstetter.
 Spezialität: Zahnziehen in örtlicher Betäubung.
 Zahnersatz in bester Ausführung. — Plombierungen.
 Leichte Zahlungsweise.

Achtung! Hausfrauen.
 Verlangen Sie überall nur
Kahns Waschextrakt
 die Krone aller Seifenpulver.
 Alleialger Vertreter für Dresden u. V.
Max Gareis, Wallwitzstr. 15.
Sofabzüge • Bortieren
 Tisch, Sofa, Divan,
 Schlaf- und Wattedecken
 zu spottbilligen Preisen bei
Kupfermann
 Pillnitzer Straße 14, I. Etage.

Schönheit
 verleiht ein rosiges, jugendfrisches
 Aussehen, weiche, sammetweiche Haut
 und ein reiner, garter, schöner Teint.
 Alles dies erzeugt die allein echte
 Siedekapsel - **Strenuifisch - Seife**,
 a Stück 50 Pf., ferner macht der
Lada-Cream
 reise und ritzige Haut in einer Nacht
 weich u. sammetweich. Tube 50 Pf. bei
 Bergmanns-Ca. König-Johann-Str.
 Hermann Koch, Altmarch 6.
 Weigel u. Teub. Marienstr. 12.
 O. P. Vogl, Postf. Wotzenhauerstr. 85.
 C. G. Klappert, Frauenteil. 6.
 L. Künzmann, Am See 55, Ren-
 schäfer Markt u. Schöffergasse 8.
 Max Hardig, Rosenstr. 24.
 O. Baumann, König-Johann-Str. 6.
 F. Teichmann, Striebsener Str. 24.

Für leidende Frauen!
 Empfehle in größter Auswahl
 gutpassende Vorfallbänder, Leib-
 binden, Irrigatorien, Spülapparate,
 Spritzen und alle hygienischen
 Gummierartikel. Discret, kein Laden.
 Frau J. Gabriel, Bergstr. 10, I.
Nur Große Brüdergasse 11, 2.
 Eingang Quergasse, verl. staunend
 billig herrschaftl. getr. H.-u. D.-
 Verlebe
Kleider, Wäsche
 Harsehen- und Knaben-Anzüge.
 Gewähre 10 Proz. Rabatt.
 Sonnabends geschlossen.
 Gut erhalt. Kinderwagen bill.
 zu verl. Reitenstr. 45, I. 5. St. III.
 Saub. jung. Mädchen zu Kindern u.
 häuslichen Arbeiten f. 1. September
 gesucht Gohliser Str. 21. pt. Mitte.
 Salkensstr. 6, 1. St. III. 1. St. III.
 Gebler, Dreßgasse 8. I.

Heidelbeerwein
 1/2 Flasche R. 0.80 inkl.
 1 Liter R. 0.80 ohne
 5 „ „ 2.75 „
 10 „ „ 5.25 „ Glas

Johannisbeerwein
 1/2 Flasche R. 0.80 inkl.
 1 Liter R. 0.75 ohne
 5 „ „ 2.50 „
 10 „ „ 5.00 „ Glas

div. Weine, Liköre, Fruchtliköre usw.
 preiswert und gut.
Joseph Juraske
 Freiburger Platz 24.
 10 Markt sühre ich demjenigen, der mir
 das am 28. Juli auf der Frauenstr.
 abends entwundene Germanen-Nad
 wied. verschafft. Renngeld. Schwarz.
 Radm. Nr. 100, braune Sattelkappe,
 Gänge gezeichnet, darin 2 Schlüssel,
 Torpedofreilaut u. Gebirgsmantel.
 Zu nachst. Spezialpreis, S. I. I. 1. St. III.

Zentralverband der Zimmerer Deutschl.
 Zahlstelle Dresden und Umgegend.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kamerad
Karl Schütze
 am Sonnabend den 24. August in Wackeritz durch Unfall aus
 dem Leben geschieden ist.
 Die Beerdigung erfolgt Mittwoch nachmittag 1 Uhr von
 Trauerhalle aus.
 Um zahlreiches Beileid bittet
 Der Vorstand.

Verband der Brauerei- u. Mälzearbeiter u. verw. Berufsgenossen
 Zahlstelle Dresden.
 Inlezen Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß der Brauer
Bernhard Ruscher
 beschäftigt in der Brauerei Hofbrauhaus, nach längerer Krank-
 heitsdauer verstorben ist.
 Die Beerdigung erfolgt Donnerstag den 29. August, nach-
 mittags 2 Uhr, im Krematorium zu Kolkwitz.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige
 Nachricht, daß mein heilgeliebter Mann, unser guter treu-
 sorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Brauer
Bernhard Ruscher
 im Alter von 49 Jahren nach langem, mit großer Geduld
 ertragenem Leiden heute nach 2 1/2 Uhr sanft verstorben ist.
 In tiefstem Schmerze:
Marie Ruscher nebst Kindern.
 Dresden-Cotta, den 28. August 1913.
 Cossbader Straße 27, 2.
 Die Beerdigung erfolgt Donnerstag den 29. d. M.,
 nachmittags 2 Uhr, im Krematorium zu Dresden-Kolkwitz.
 Blumenführung wird auf Wunsch des Verstorbenen
 dankend abgelehnt.

Montag früh 3 1/2 Uhr verschied nach schwerem Leiden meine
 liebe Gattin, unsere gute Mutter und Schwiegermutter, Frau
Emilie Maria Weise geb. Binnig
 im Alter von 57 Jahren. Um stillen Beileid bittet
Oswald Weise nebst Angehörigen.
 Die Beerdigung findet Donnerstag den 28. August, dor-
 mittags 11 Uhr, von der Halle des Annenfriedhofes in Rößlau
 aus statt.

Gewerk
 Schmerzhafte
 mentierung der
 Bahren und
 Befeges zum
 zwar heuchlerisch
 ihr das Demen
 nicht den Jubel
 haben, als die
 sollen.
 Immerhin
 pessimismus an
 Der Ort
 darum auf die
 tatsächliche
 heitlichkeit der
 sehr erschweren,
 zeitigen Ausam
 gefeh zu haben
 an der für die
 nicht die gering
 Verschärfung der
 Gebiet der auß
 umsämt. Hier
 recht erfindlich,
 werden können,
 nämlich in ig
 können. Nicht
 Indiscretionen
 Vordringen der
 der der grenze
 markt, wie sie
 Rechnung mehr
 einzig und al
 Besseren herbe
 lade nach die
 Bestimmungen
 andern Mächte
 praktische Appl
 und Ergänzung
 Hauptfache die
 Charakteristis
 darüber entho
 demgemäß in
 ausführen, daß
 der Ausbildung
 entgegenstehen
 wäre auf Geu
 Erfahrungen g
 tätigung der
 Haupt als gut
 auf den Inhalt
 führen, daß die
 Entscheidung d
 u n t e f e n 5,
 f e n d e n U
 d e m A r b e i
 geschäft wies
 der Schlußfolg
 erhebung der
 daß darum au
 umständlich sei
 der zuständige
 dem anderen B
 Rechts des St

Die Ver
 gemessene Wirt
 ohne weite
 und dem ge
 eine beartige
 geberzeitw
 erhebung d
 beugung d
 der sich in
 Der Kritik
 Gloriant eines
 Holborn in G
 stehen eine u
 juristischen Sp
 Dieser C
 verbandes hält
 nur gelibt w
 Arbeitsstillleg
 Deutschland.
 Auftraggebern,
 macht, die Kr
 wird. Es ist
 Unternehmen
 sch w e l g u n
 die g l u n g
 lichteit gibt, u
 Deute aufzuf
 ohne das das
 heft und ohne
 Es hand
 einen direkt
 recht selbst. I
 möglich und au
 von den Sch
 Dehald glauk
 Schmerz emp

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Schwarzschmiedeschmiederei.

Schmerzhaft berührt ist die Arbeiterbewegung von der Zementierung der Bewegung, daß die sächsische Regierung einen von Bayern und Hamburg unterstützten Antrag auf Erlassung eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitwilligen eingebracht habe. Sie sagt zwar heuchlerisch wie der Fuchs, dem die Trauben zu sauer sind, daß ihr das Dementi in keiner Weise überausend läme, aber man möchte nicht den Fabel in den gesamten Kreisen der Schwarzschmiederei haben, als die jetzt dementierte Meldung kam, um das glauben zu lassen.

Zunehmend ist nicht uninteressant, was sie zur Begründung ihres Beschlusses angibt. Sie führt aus:

Der Erfolg eines besonderen Arbeitwilligengesetzes muß schon darum auf die allerschwersten Schwierigkeiten stoßen, weil einerseits die tatsächliche Beschäftigungslage der Arbeitwilligen in den verschiedenen Gewerkschaften der Bundesstaaten sehr verschieden ist, andererseits die rechtliche Lage der Arbeitwilligen sehr verschieden ist, und weil andererseits der Reichstag in seiner derzeitigen Zusammensetzung doch sicherlich kaum für ein solches Sondergesetz zu haben sein würde. Und nicht minder fällt ins Gewicht, daß an der für die Verhandlung dieser Materie zuständigen Reichsbehörde nicht die geringste Neigung besteht, gerade in dem Augenblicke zur Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze beizutragen, was auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung allerdings schon ein Verstoß gegen die Neutralität ist. Hierher abgesehen, was es uns nun doch doch auch nicht recht ersichtlich, in welcher konkreter Form ein solches Gesetz gebracht werden könnte, um den auf seinen Erfolg angelegten Hoffnungen tatsächlich in irgendwelcher ausreichender Weise Rechnung tragen zu können. Nicht als ob wir im geringsten daran zweifeln, daß eine Einführung eines Arbeitwilligengesetzes an sich eine der dringendsten Forderungen der Zeit ist! Aber es läßt sich eben nicht leugnen, daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung, wie sie die Folge der dem überwältigenden Bedürfnis fehlender Regelung mehr tragenden Forderung der Koalitionsfreiheit bildet, einzig und allein deren völlige Beseitigung eine Wendung zum Besseren herbeiführen könnte. Solange der überwiegenden Hauptfrage nach die Interpretation des Inhalts der in Rede stehenden Bestimmungen dem rein persönlichen Willen des einen oder des anderen Richters überlassen bleiben muß, wobei juristische Theorie und praktische Applikation sich natürlich dauernd durchkreuzen, können uns Organisationsgesetze irgendwelcher Art herzlich wenig helfen. Die Hauptfrage bleibt eine enbliche Festlegung des tatsächlichen Charakters jener Bestimmungen, wodurch der Richter jeden Zweifels darüber entoben würde, wie er im einzelnen Falle zu entscheiden hat. Demgemäß wäre vor allem mit der irreführenden Wendung auszusprechen, daß sämtliche Verbot- und Strafbestimmungen, die ebendort der Ausübung gemeinschaftlichen Zwanges auf die andere Partei entgegenstehen, ohne jede Einschränkung aufgehoben sind; und es wäre auf Grund der insoweit nach dieser Richtung hin gesammelten Erfahrungen genau zu spezifizieren, in welchem Umfang die Befreiung der Koalitionsfreiheit zu dem in Rede stehenden Zweck überhaupt als zulässig zu gelten hat. Schon die einfache Bezugnahme auf den Inhalt des § 153 der Gewerbeordnung würde u. a. dazu führen, daß die verhängnisvolle Wirkung der bekannten Verbotssätze auf die Koalitionsfreiheit zu Gunsten des Streikpostens umgewandelt werden, der wir den Arbeitwilligen an der heftigsten Ungerechtigkeit der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu beschreiben haben, aus der Welt geschafft wird. Eine Entscheidung, wie allgemein bekannt, auf der Schlussfolgerung, daß die Fassung des § 153 der Gewerbeordnung der Ausübung des Streikrechts keinerlei Schranken setze, und daß darum auch die generelle Unterbindung des Streikpostens unmöglich sei; vielmehr müßte es nach Lage der Dinge dem Urteil der zuständigen Instanzen überlassen bleiben, ob in dem einen oder dem anderen Falle ein freies Verbot des Streikpostens als erwiesen anzusehen ist.

Die Arbeiterbewegung verlangt also, richtig gesehen, eine generelle Umwälzung an die Richter, das Streikpostensgesetz ohne weiteres als ein strafbares Verbot anzusehen und demgemäß zu bestrafen. Da in dem Strafgesetzbuch eine derartige Handhabung nicht gegeben ist, verlangt die Arbeiterbewegung eine direkte allgemeine Rechtsbewegung von den Richtern, die fordert, daß ein in einem der schlimmsten Verbrechen auf die Welt gibt.

Der Reichsrichter beruft sich dabei auf das scharfschmiedische Eladotum eines amerikanischen Oberrichters, eines gewissen Jesse Holcomb in Chicago, der die Ansicht vertritt, daß das Streikpostensgesetz eine ungesetzliche Handlung sei, und dies mit allerhand juristischen Spitzfindigkeiten zu beweisen sucht.

Dieser Oberrichter, der lieber Synodus eines Schwarzschmiedeschmiedes hätte werden sollen, behauptet, daß das Streikpostensgesetz ein Verstoß gegen die Verfassung sei, und daß die Arbeitwilligen lediglich darüber aufzuklären, daß gestreikt wird. Es ist natürlich, daß die meisten Arbeitwilligen von dem Unternehmen oder dem bezahlten Subjekten unter Verschmelzung dieses Unfandes und allerlei Verschönerungen herangeführt werden. Und da es sonst keine Möglichkeit gibt, um die oft nur durch solche Verschönerungen bedingte Deute aufzuklären, so muß das durch das Streikpostensgesetz, ohne das das Koalitionsrecht in den meisten Fällen ein Meißer ohne Heft und ohne Klinge wäre.

Es handelt sich also bei dem Verlangen der Schwarzschmiederei um einen direkten Angriff auf das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht selbst. Die ganze Frage, die in der letzten Zeit sozusagen planmäßig und auf Verabredung in der Presse und in den Parlamenten von den Schwarzschmiedern gelbt wurde, hat lediglich diesen Zweck. Deshalb glaubt der Arbeiterbewegung niemand, daß sie nicht großen Schmerz empfindet über das vorläufige Scheitern des ab-

geleiteten Antrags auf eines der wertvollsten Rechte der Arbeiterbewegung.

Polen.

Es war wieder einmal nichts!

Mit der Arbeiterbewegung nämlich. Vor einigen Tagen brachten blasse bürgerliche Zeitungen triumphierend die Nachricht, in Warschau i. B. habe infolge der „Rückkehr eines Verbandsbeamten des Textilarbeiterverbandes, der mit der Wirklichkeit nicht mehr einverstanden war“, eine Absicht von Tausenden von Mitgliedern stattgefunden, durch Gründung einer Sonderorganisation, die teilsamer Zielsetzung dienlich sein soll, den Verein zu verlassen. Der Verein, der in Warschau entlassen wurde, hat allerdings eine solche Sonderorganisation verweigert, ist damit aber schließlich hingenommen, trotzdem er betonte, daß „seine“ Gründung auf sozialdemokratischer Grundlage sehr und neben dieser marxierten solle. „Zufällig“ war auch ein Verleger Wleciński anwesend, der das Wort in der von ihm ausgearbeiteten Versammlung bekam und seine Sonderorganisation über Schellenhaus lobte und von der Korruption der Sozialdemokraten ebenso sagte wie der entlassene Wleciński. Der Mann hatte nebenbei noch die Forderung, sich als von dem Verleger Wleciński delegiert hinzustellen, obwohl es sich nicht um die sogenannte Gewerkschaftsaktion der Sozialisten handelte. Die Versammlung oder wenigstens der weitaus größte Teil wollte aber nichts von dieser Sonderorganisation wissen. Wleciński erklärte aber einseitig einige entsprechende Resolutionen für angenommen und die Versammlung für geschlossen. Es dürfte aber kaum viel aus dem neuesten Ereignis der Anarcho werden. In Warschau ist in kurzer Zeit die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter von 3000 auf 15000 Mitglieder gestiegen, von denen die Textilarbeiter allein 5000 zählen. Eine solche Organisation kann aber trotz der heißen Wünsche der Arbeiterbewegung, deren Geschäfte und Umstände die Sonderbildung befürworten, nicht durch eine mehrseitige Unterbreitung ernstlich gefährdet werden. Das hat sich in Warschau auch gezeigt.

Inland.

Die Folgen der Konstruktionsklausel.

Wie uns aus Mannheim mitgeteilt wird, wurde die Inkassierung des Wertmeisters wegen fortgesetzten Verstoßes gegen die Konstruktionsklausel — worüber wir berichteten — trotz aller Bemühungen der vom Wertmeisterverband bestellten Rechtsabteilung aufrecht erhalten. Es wurde zwar der Klage vorerhebend nachgeschickelt, die in dem der Klage zugrunde liegenden Vertrag namentlich die Strafklausel von 3000 M. angedeutet, falls sie sich nicht erklären würde, den Wertmeister von der Einhaltung des Vertrages zu entbinden. Die Firma verlangt jedoch auf die Zahlung der Honorarstrafe, die sie fordert, das Recht sich dafür zu sorgen, daß der Wertmeister bei der Konstruktionsklausel die Arbeit einstellt. Jedem ist es aber nicht, er wies nach, daß er trotz dieser Bemühungen außerhalb seines Berufs keine Arbeit haben können, und da er leben müsse, blieb er bei der ihm angedeuteten Arbeit. In dieser Einwendung jedoch berief sich das Mannheimer Landgericht nicht, es inhaftierte den Wertmeister, weil es das Gesetz so will. Was das Gericht tun wird, wenn derselbe nach Ablauf der Frist wieder zu seiner Arbeit zurückkehrt, ob es neuerdings eine Haftbefehl erläßt, darauf darf man gespannt sein. Fern so viel wir in Erfahrung bringen, will der betreffende Arbeitgeber des Wertmeisters denselben wieder in Arbeit nehmen, sobald er auf freien Fuß kommt.

Lohnbewegung in der Textil- und Wollindustrie.

In den Orten Oberlungwitz, Mittelbach und anderen sind die Arbeiter der Textil- und Wollindustrie in eine Lohnbewegung eingetreten. Der neue Lohnsatz ist bereits eingeleitet worden. Derselbe sieht eine durchschnittliche Polymerhöhung von 10 Prozent vor, außerdem sollen für die Maschinenarbeiter die Rabatte, die bisher bezahlt werden mußten, unentgeltlich geliefert werden. Für die Heimarbeit sollen auch die Rabatte unentgeltlich geliefert werden. Die Forderungen haben ihre Begründung in den gestiegenen Lebensbedürfnissen. In der Textilindustrie sind in den letzten Jahren die Rabatte enorm gefallen, so daß sich viele Arbeiter von diesem Beruf abwandern und andere Gewerbebetriebe ergreifen.

Lohnbewegungen.

Die Hornschmiedegewerkschaften, die die Druckkosten für die Zeitschriftenindustrie herstellen, sind jetzt im Alltagsleben der Arbeiter organisiert. Sie haben jetzt den Unternehmen eine Anzahl Forderungen eingeleitet. Es wurde eine Kommission gewählt, die mit der Prinzipalorganisation verhandeln soll. In der Jägerzeitschrift des Verlags Henschel & Co. in Frankfurt a. M. sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma verlangt die bedeutende Lohnabgabe in ihrem Betriebe durchzuführen. Da die Arbeiter sich dagegen auflehnen, wurden schon acht Arbeiter gemahnt. — Vor Beginn von Jägerzeitschriften nach Frankfurt a. M. wird dringend gewarnt.

In der Jägerzeitschrift des Verlags Henschel & Co. in Frankfurt a. M. sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma verlangt die bedeutende Lohnabgabe in ihrem Betriebe durchzuführen. Da die Arbeiter sich dagegen auflehnen, wurden schon acht Arbeiter gemahnt. — Vor Beginn von Jägerzeitschriften nach Frankfurt a. M. wird dringend gewarnt.

Inland.

Vergebliche Bemühungen der französischen Sozialisten.

Man schreibt uns vom 19. August: P. C. Auf dem Kongress des französischen Textilarbeiterverbandes, der letzte Woche in Jarmain tagte, kam es zu verschiedenen Zusammenkünften zwischen den „Reformisten“ und „Revolutionären“. Der Textilarbeiterverband ist eine der stärksten französischen Organisationen mit seinen 50000 Mitgliedern. Daß sein Vorsitzender, Genosse Bernard, ein bekanntes Mitglied der sozialistischen Partei ist und daß die überwiegende große Masse der Textilarbeiter von der geschilderten Tätigkeit der Sozialisten nichts wissen will, ist seit langem bekannt. Daß sein Vorsitzender, Genosse Bernard, ein bekanntes Mitglied der sozialistischen Partei ist und daß die überwiegende große Masse der Textilarbeiter von der geschilderten Tätigkeit der Sozialisten nichts wissen will, ist seit langem bekannt. Daß sein Vorsitzender, Genosse Bernard, ein bekanntes Mitglied der sozialistischen Partei ist und daß die überwiegende große Masse der Textilarbeiter von der geschilderten Tätigkeit der Sozialisten nichts wissen will, ist seit langem bekannt.

55 Stimmen angenommen, in der erklärt wird, daß die U. G. T. nun als „ein Verbindungs- und Vermittlungsorgan für die gewerkschaftlichen Bemühungen“ anzusehen sei. Zur Frage der Arbeiterbewegung forderte Renard, ohne dem Gesetz eine scharfe Kritik zu erheben, die Mitglieder auf, sich seinen Bestimmungen zu fügen, also nicht auf die Maßnahme der U. G. T. zu hören, die alle Syndikalistischen Verträge nicht zu jaden. Ein „revolutionärer“ Delegierter meinte, daß das Sozialist eine gegen das Unternehmertum gerichtete Kampforganisation sei und keine gegenseitige Versicherungsgesellschaft.

Zur Zentralisation der englischen Gewerkschaften.

Man schreibt uns aus London: L. K. Die Zentralisationsbewegung in den englischen Gewerkschaften schreitet ununterbrochen fort. Seit dem Abschluß des Londoner Eisenarbeiterstreiks bemühen sich die Führer der beteiligten Gewerkschaften, eine völlige Verschmelzung der in Betracht kommenden Organisationen in die Wege zu leiten. Diese Bestrebung wird vor allem damit begründet, daß sich die gegenwärtige losere Form der Organisation nicht in dem letzten Streik als unzureichend erwiesen habe. Ferner wird darauf hingewiesen, daß eine Verschmelzung aller Transportarbeiterorganisationen die Pläne der Arbeiter, die doch mit den einzelnen Organisationen verhandeln wollen, durchkreuzen würde, weil dann keine Teilorganisationen mehr beständen. Tom Mann, der in dieser Kampagne eine wichtige Rolle spielt, weist auch darauf hin, daß eine Verschmelzung jetzt, wo die Massen aller beteiligten Organisationen durch den Streik geleert sind, auf viel geringeren Widerstand stoßen würde als zu anderen Zeiten, wo die finanzielle Stärke der verschiedenen Organisationen sehr verschieden ist. Es scheint in der Tat, daß der Verschmelzung der bisher im Transportarbeiterverband vereinigten Gewerkschaften keine großen Schwierigkeiten besorgen werden. Dagegen verwehren die Bemühungen, den Eisenbahnerverband zum Beitritt in die Amalgamation zu bewegen, sich nicht. Der Transportarbeiterverband betrachtet das Verbleiben des Eisenbahnerverbandes immer als eine Hauptaufgabe seiner Schwäche. Die Führer der Eisenbahner geben jetzt wie früher als Grund für ihre ablehnende Haltung die mangelhafte Disziplin der im Transportarbeiterverband organisierten Gewerkschaften an. Dagegen ist es wohl sicher, daß in der Masse der Eisenbahner selber eine starke Strömung zugunsten des Beitritts in die Transportarbeiterorganisation bzw. Amalgamation vorhanden ist.

Die Verschmelzung der Schweißarbeiterorganisation von Glasgow, Newcastle und London ist schon durchgeführt worden. Die neue Gewerkschaft zählt jetzt 6000 Mitglieder und löst, bald auch zwei weitere verwandte Organisationen in London und Manchester in sich zu vereinigen. Eine wichtige Entwicklung bereitet sich im Maschinenbau und Schiffbau vor. Die Gewerkschaft der Schiffbauer, die Vereinigung der Metallarbeiter und die Vereinigung der Maschinenbauer, die vor kurzem beschließen haben, auch ihren ungelerten Arbeitern des Berufs Zutritt zu gewähren, verhandeln miteinander behufs Verschmelzung.

Parteiangelegenheiten.

Die Aufhebung der Zahlabende in Berlin.

Im Vorworts fordern in längeren Abhandlungen die Genossen Grundwald und Piel die Aufhebung der Zahlabende oder ihre Entziehung von rein parteigewinnlichen Dingen, um der theoretischen Schulung und Bildung der Berliner Genossen einen größeren Raum zu gewähren. Genosse Grundwald beurteilt die Einrichtung wie folgt:

Das Fundament der gegenwärtigen Berliner Parteiorganisation ist der der-ähnte Zahlabend. Hier hat die Kritik zuerst eingestuft und mit Recht. Hier wird auch die Reform ebenso mit Recht zuerst einsehen müssen. Ich glaube, es ist nicht zweifelhaft, wenn man sagt, daß von 100 bewußten Berliner Parteigenossen 80 den Zahlabend so einschätzen, daß er längst von selbst aufgehoben werden müßte, wenn Urteile über könnten. Die Hauptabende der Zahlabende liegt, wie man weiß, darin, daß der geschäftliche Reichtum, so notwendig er an sich ist, alles geistige Leben erstickt, daß der Wunsch nach lebendiger Aussprache, nach lebhaftem Austausch der Meinungen über grundsätzliche und tägliche Fragen des politischen und sozialen Lebens überhaupt völlig erstickt wird, daß politische Differenzen leicht überzuden, kurz und gut: daß die Zahlabende alles andere als ein wirkliches inneres Partieleben. Das ist kein Vorwurf gegen die Personen, die sich auf dem Zahlabend zusammenfinden, sondern ein Vorwurf nur gegen die Form und den Inhalt, die man diesen Zahlabenden gegeben hat. Die Lösung des großen Problems, Veranlassung und geistige Arbeit zu einer höheren Einheit zu verschmelzen, finden wir hier auf das widersinnigste vor uns. Es ist nicht zu verlangen, daß der Durchschnittsarbeiter nach mindestens 8 bis 10 Stunden Arbeit, nach ein- bis zweistündiger Erledigung und Durchrechnung von geschäftlichen Mitteln noch Spinnkraft und Lust genug hat, sich mit wirklichen politischen und allgemeinen geistigen Fragen zu beschäftigen. Es ist auch nicht zu verlangen, daß die Bezirksführer bei all dem guten Willen und dem bewundernswürdigen Eifer, den sie für diese Arbeit verwenden, imstande sind, Beratungen und Beschlüsse, über die hier bis fünf Anzeigen in hundertmaligen Beratungen zusammengefaßt haben, dann in ein oder zwei Stunden des Zahlabends klar, sachgemäß und unvoreingenommen wiederzugeben, und es ist kein persönlicher Vorwurf, wenn man sagt, daß diese Verlechte der Bezirksführer oft geradezu eine Karikatur der wirklichen Vorgänge und des wirklichen Inhalts der Beschlüsse der übrigen Anzeigen darstellen. Daher müssen die Zahlabende aus ihrer inneren Organisation heraus ganz naturgemäß zu einer Anzahl von Vertretungen, Unterhandlungen und Verhandlungen werden, die sich dann umsetzen in Unwillen und Unzufriedenheit mit allem, was in den Anzeigen geschieht. Ich bin fest überzeugt, daß eine große Masse des Unwillens über manche Anzeigen in Berlin allein auf diese Art der Uebermittlung, der Wiedergabe und der Auffassung zurückzuführen ist.

Genosse Grundwald empfiehlt nun die Einführung von Hausfassern und die Verteilung des Mitteilungsblattes durch diese.

An Stelle der Zahlabende sollten, so meint er, Abteilungsversammlungen treten, in denen eventuell Vorträge gehalten und über theoretische Fragen diskutiert werden könnte. Diese Abteilungsversammlungen würden auch eine größere Zugkraft auf die jüngeren

das selbsttätige Waschmittel

Persil

macht die Wäsche nicht nur vollkommen rein und schneeweiß, sondern schon auch das Gewebe!

Dieses leidet bekanntlich sehr bei der alten Waschmethode durch das Reiben und Bürsten. Persil wäscht von selbst ohne jedes Reiben und Bürsten, daher kein Zerstoren der Gewebefaser! Erhältlich nur in Original-Paketen, niemals lose.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinst. Fabrikation auch der allebeliebten

Henkel's Bleich-Soda

